

F1 Gremienbesetzung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 26.02.2022
Tagesordnungspunkt: 1. Begrüßung und Formalia

Antragstext

1 Die Landesdelegiertenkonferenz möge folgende Gremienbesetzung beschließen:

2 **Präsidium**

- 3 Clemens Wehr (KV Prignitz)
- 4 Doris Tuchan (KV Cottbus)
- 5 Franziska Reichelt (KV Oberhavel)
- 6 Jörg Rieche (KV Potsdam-Mittelmark)
- 7 Lillas Roeder (KV Brandenburg an der Havel)
- 8 Petra Budke (KV Havelland)
- 9 Ricarda Budke (KV Cottbus)

10 Paul-Philipp Neumann (KV Oberspreewald-Lausitz)

11 **Antragskommission / Technische Antragskommission**

- 12 Laura Fallis (Landesgeschäftsstelle)
- 13 Martin Kündiger (Landesgeschäftsstelle)
- 14 Maxi Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin)
- 15 Viviane Triems (KV Potsdam)

16 **Zählkommission**

- 17 Laura Fallis (Landesgeschäftsstelle)
- 18 Mara von Streit (Landesgeschäftsstelle)
- 19 Marie Sauss (Landesgeschäftsstelle)
- 20 Tammo Westphal (Landesgeschäftsstelle)

21 **Mandatsprüfungskommission**

- 22 Anja Dannecker (Landesgeschäftsstelle)
- 23 Mara von Streit (Landesgeschäftsstelle)
- 24 Marie Sauss (Landesgeschäftsstelle)
- 25 Tammo Westphal (Landesgeschäftsstelle)

26 **Protokoll**

- 27 Anja Dannecker (Landesgeschäftsstelle)

28 Tammo Westphal (Landesgeschäftsstelle)

F2 Neu Tagesordnungsvorschlag

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.02.2022
Tagesordnungspunkt: 1. Begrüßung und Formalia

Antragstext

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz möge folgende Tagesordnung beschließen:
- 2 **Samstag, 26. März 2022**
- 3 Beginn 11:00 Uhr
- 4 TOP 1 Grußworte und Formalia
- 5 TOP 2 Politische Reden I
- 6 - Landesvorsitzende Julia Schmidt
- 7 - Bundesvorsitzender Omid Nouripour
- 8 TOP 3 Aktuelle politische Lage zum Krieg in der Ukraine
- 9 - Debatte mit gelosten und gesetzten Beiträgen
- 10 - Rede Annalena Baerbock
- 11 Mittagspause (ca. 13 Uhr)
- 12 TOP 4 Politische Reden II
- 13 - Axel Vogel, Klimaschutzminister
- 14 TOP 5 Leitantrag Halbzeit: Wir erneuern Brandenburg
- 15 TOP 6 Halbzeitbilanz in Europa
- 16 - Ska Keller, Fraktionsvorsitzende der Grünen/EFA im Europäischen Parlament
- 17 TOP 7 Anträge Verschiedenes
- 18 TOP 8 Bericht Parteirat
- 19 TOP 9 Satzung
- 20 TOP 10 Fortsetzung Anträge Verschiedenes
- 21 Ende gegen 18.30 Uhr [Zeitangaben ohne Gewähr]

L1 Halbzeit: Wir erneuern Brandenburg!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 25.02.2022
Tagesordnungspunkt: 5. Leitantrag Halbzeitbilanz

Antragstext

1 Nach der Landtagswahl 2019 sind wir Bündnisgrüne eine Koalition mit SPD und CDU eingegangen und
2 seitdem Teil der Landesregierung. Mit dem Koalitionsvertrag „Zusammenhalt - Nachhaltigkeit - Sicherheit“
3 haben wir einen guten Grundstein gelegt und konnten viele grüne Projekte verankern. Auch wenn Regieren
4 in dieser Koalition nicht immer ganz ohne Streit abläuft, merken wir täglich: Demokratischer Streit lohnt
5 sich. Denn wir machen den Unterschied. Mit Entschlossenheit und großem Willen zur Veränderung packen
6 wir Bündnisgrüne die dringend notwendigen Veränderungen in Brandenburg an. Auch dann wenn es
7 schwierig wird – sei es beim Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit oder der Veränderung der politischen
8 Kultur.

9 Zur letzten Landtagswahl sind wir angetreten, um die großen Herausforderungen dieser Zeit anzugehen
10 und den politischen Kurs zu verändern. Damals hätten wir alle nicht gedacht, dass mit der
11 Corona-Pandemie eine weitere massive Herausforderung dieser Legislatur ihren Stempel aufdrücken
12 würde. Kurz nach Eintritt in die Landesregierung mussten wir unsere Krisenfähigkeiten unter Beweis
13 stellen. Dabei wurde schnell klar: Mit unserer Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher an der Spitze
14 stellt sich die Landesregierung den Herausforderungen dieser Pandemie. Wir Bündnisgrüne haben stets mit
15 konsequenten Maßnahmen auf die Pandemie reagiert, ohne dabei die Menschen aus den Augen zu
16 verlieren, die in den letzten zwei Jahren mit vielen Einschränkungen leben mussten. Zu den zahlreichen
17 Projekten, die wir uns vorgenommen hatten, um Brandenburg nachhaltiger, gerechter, lebenswerter und fit
18 für die Zukunft zu machen, kamen die Reaktionen auf und die Lehren aus der Pandemie.

19 I. Und auch bei den anderen dringend notwendigen Themen haben wir in der ersten Hälfte der Legislatur
20 schon viel erreicht und Brandenburg fairwandelt:

21 **Klimaschutz, Strukturwandel und Energiewende gestalten:** Wir erarbeiten im bündnisgrün geführten
22 Klimaschutzministerium einen Klimaplan für Brandenburg, um in allen Bereichen des Lebens und
23 Wirtschaftens in der Mark Treibhausgase mit konkreten Maßnahmen einsparen zu können. Dazu haben wir
24 einen breiten und gut strukturierten Beteiligungsprozess gestartet, in den wir insbesondere Kommunen
25 und Jugendliche einbeziehen. Wir bringen die Energiewende im Land voran, führen Brandenburg bis 2030
26 aus der Kohle und schaffen Zukunftsperspektiven für die Menschen in den Brandenburger Kohleregionen,
27 durch Dialog, Mitbestimmung und unermüdliches Engagement für einen gelingenden Strukturwandel.

28 **Nachhaltige Transformation unserer Wirtschaft:** In den letzten beiden Jahren haben sich etliche
29 Unternehmen aus Zukunftsindustrien in Brandenburg angesiedelt. Eine vielversprechende Entwicklung für
30 Brandenburg, auf der wir weiter aufbauen. Für uns ist dabei klar: Die Transformation der Wirtschaft muss
31 nachhaltig, ökologisch und sozial erfolgen. Wir werden weiter die Rahmenbedingungen schaffen, die
32 nachhaltig denkende Unternehmen und Investor*innen nach Brandenburg ziehen: Wir bringen den Ausbau
33 der Erneuerbaren Energien voran, ebenso wie den Ausbau des ÖPNV. Außerdem fördern wir verstärkt
34 nachhaltige Gründungen in Brandenburg und fördern Co-Working Spaces für eine moderne Kultur des
35 Arbeitens & Wirtschaftens. Wir haben die Genehmigung für Industrieanlagen über Digitalisierung erheblich
36 beschleunigt. Wirtschaftlicher Erfolg, Soziale Verantwortung und gute Arbeitsbedingungen sind für uns
37 untrennbar verbunden. Daher haben wir den Vergabemindestlohn von 13€ pro Stunde eingeführt und
38 erarbeiten erstmals ökologische Kriterien für öffentliche Vergaben.

39 **Spielräume für starke Ländliche Räume schaffen:** Wir haben Förderprogramme für ländliche Entwicklung
40 so verändert, dass damit mobile Angebote für die umfassende Grundversorgung, aber auch Dorfläden mit
41 gastronomischen Angeboten künftig Unterstützung erhalten können. Von den Projekten im Bereich der
42 Gesundheit und Pflege profitieren die ländlichen Räume besonders. Wir arbeiten daran, die ländlichen
43 Räume gut an den ÖPNV und Schienenverkehr anzubinden und die Bildungsinfrastruktur zu stärken und zu
44 sichern. Wir sorgen dafür, dass Kommunen auf dem Land noch stärker von der Energiewende direkt
45 profitieren. Außerdem fördern wir Kultur auf dem Land. Unsere Reform der Kommunalverfassung stattet die
46 Dörfer mit eigenen Budgets aus (Ortsteilbudgets). Sie erhalten damit mehr Kontrolle über die Gelder, die in
47 der Kommune zur Verfügung stehen, sodass diese direkt im Dorf den Menschen zugutekommen können.

48 **Die Grundlagen für ein gesundes Leben aufbauen, auch im Alter:** Um eine der großen sozialpolitischen
49 Herausforderungen unserer Zeit anzugehen und möglichst vielen Brandenburger*innen die Pflege in den
50 eigenen vier Wänden zu ermöglichen, hat das bündnisgrüne Gesundheits- und Sozialministerium den „Pakt
51 für Pflege“ ins Leben gerufen. Durch den Pakt für Pflege können Kommunen nun stärker als bisher in die
52 Pflegeinfrastruktur vor Ort investieren. Der Pflegeberuf wird außerdem für mehr Menschen attraktiv – durch
53 verbesserte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Wir investieren in die Brandenburger Krankenhäuser als
54 Anker der Gesundheitsversorgung und starten bzw. fördern Projekte zur Gesundheitsversorgung im ganzen
55 Land, wie den Hebammenaktionsplan, das Landärzt*innenprogramm und den Hitzeaktionsplan.

56 **Kinder und junge Menschen in den Mittelpunkt stellen und die Kleinsten stärken – Kitapaket umsetzen:**
57 Um Kindern und Jugendlichen eine Stimme zu geben, haben wir eine Kinder- und Jugendbeauftragte ins
58 Leben gerufen. Die Bedingungen in der frühkindlichen Bildung haben wir stark verbessert. Ein
59 Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf der Verbesserung der Kita-Qualität. Wir wollen, dass die
60 Erzieher*innen mehr Zeit für jedes einzelne Kind haben. Deshalb haben wir zum 01.08.2020 den
61 Betreuungsschlüssel für 3-6 Jährige von 1:11 auf 1:10 verbessert. Den Betreuungsschlüssel für
62 Unter-Dreijährige werden wir ab 01.08.2022 bis 2025 in drei Schritten auf 1:4 senken. Wir haben das
63 Programm „Aufholen nach Corona“ gestartet und mit Landesmitteln noch einmal verdoppelt. Die
64 Hochschulen statten wir jedes Jahr mit fünf Millionen Euro zusätzlich aus. Für die geplante Uni-Medizin in
65 Cottbus liegt ein erstes Konzept vor. Denn Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

66 **Vielfalt feiern, Demokratie stärken und dem Rechtsextremismus entgegentreten:** Wir sagen „Stopp!“ zu
67 Rechtsextremismus und Verschwörungserzählungen, „Ja!“ zu vielfältigen Lebensentwürfen und Biografien,
68 und „Willkommen!“ zu Geflüchteten. Wir fördern Bürger*innenbeteiligung, Demokratieprojekte und queere
69 Projekte im Land. Die Etablierung einer Polizeibeauftragtenstelle haben wir auf den Weg gebracht. Um
70 jedes Jahr 200 Schutzsuchenden in Brandenburg Zuflucht gewähren zu können, haben wir ein humanitäres
71 Landesaufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Geflüchtete ins Leben gerufen. Wir haben die
72 Migrationssozialarbeit sowie das Integrationsbudget gesichert, um die Kommunen bei ihrer
73 Integrationsarbeit zu unterstützen. Außerdem fördern wir im Rahmen des Handlungskonzeptes „Tolerantes
74 Brandenburg“ zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus sowie Maßnahmen zur
75 Demokratieförderung. Zusammen mit allen demokratischen Fraktionen im Landtag haben wir die
76 Null-Toleranz-
77 Strategie gegenüber Rechtsextremismus in Brandenburger Sicherheitsbehörden bekräftigt. Gemeinsam
78 konnten wir erreichen, dass Cottbus eine zusätzliche Außenstelle der Stasiunterlagenbehörde (BStU, jetzt
79 Teil des Bundesarchivs) erhält.

80 **Mobilität im Land nachhaltig konzipieren:** Ob Ausbau der Radwege, Lastenradprämie oder Reaktivierung
81 von Bahnstrecken und neue PlusBus-Linien: Wir sind erste Schritte auf dem langen Weg der
82 Verkehrswende gegangen - weg von der Fokussierung auf die Straße -hin zur klimafreundlichen Mobilität
83 mit Bus, Bahn & Co. Trotzdem stehen wir erst am Anfang dieses Paradigmenwechsels. Es gibt noch so viel
84 zu tun. Unser großes Ziel: Eine Mobilitätsgarantie für Alle! Überall in Brandenburg sollen Menschen das
85 Auto stehen lassen können, wenn sie dies möchten, dank regelmäßigem ÖPNV oder Regionalzugverkehr im
86 Stundentakt, verlässlicheren Verbindungen und abgestimmten Bahn-Bus-Verknüpfungen.

87 **Naturschutz und Tierwohl voranbringen:** Wir arbeiten unter anderem an einem Moorschutzprogramm und
88 schützen damit eines der für den Klimaschutz wichtigsten Ökosysteme. Wir stemmen uns gegen die
89 verheerenden Pläne Polens zum Ausbau der weitgehend frei fließenden, naturnahen Oder. Unser
90 Umweltministerium fördert den Umbau von Brandenburgs Wäldern hin zum widerstandsfähigen
91 Klimawald. Wir haben durch strengere Vorschriften und durch ein eigens etabliertes Kontrollteam
92 Tiertransporte dafür gesorgt, dass Tiertransporte besser kontrolliert werden und messbar weniger aus
93 Brandenburg in Richtung Drittstaaten starten. Perspektivisch wollen wir sie in Zusammenarbeit mit
94 unseren Mitstreiter*innen im Bund, auf EU-Ebene und in den anderen Ländern komplett abschaffen. Mit
95 den Volksinitiativen zum Insektenschutz arbeiten wir an einem effektiven Artenschutz. Bei der Bekämpfung
96 der Geflügelpest haben wir bundesweit erstmalig darauf geachtet, dass nicht - wie in anderen Ländern - in
97 ganzen Landkreisen
98 eine Aufstallungspflicht für Geflügel ausgesprochen wird, sondern nur in genau definierten
99 Risikoregionen.

100 **Eine Landwirtschaft ermöglichen, die gute Einkommen schafft und unsere natürlichen Lebensgrundlagen**
101 **schützt:** Beides miteinander zu vereinbaren ist das große Ziel unserer bündnisgrünen Agrarpolitik in
102 Brandenburg. Landwirt*innen (Biobäuer*innen wie konventionelle), die nachhaltiger wirtschaften wollen,
103 finden nun die nötigen Grundlagen und Hilfestellungen vor. Das bündnisgrün geführte
104 Landwirtschaftsministerium hat einen Ökoaktionsplan aufgelegt: Dieser hilft dabei, dass in Brandenburg
105 mehr Bio produziert wird und fördert Landwirt*innen, die umsteigen wollen. Wir fördern den Aufbau
106 regionaler, ökologischer Wertschöpfungsketten. Durch die Einführung von Qualitätssiegeln haben wir nicht
107 nur die Produktion und Vermarktung von (Bio-)Produkten aus der Region gestärkt, sondern machen es den
108 Menschen in Zukunft beim Einkaufen auch einfacher, Produkte aus Brandenburg als solche zu erkennen.
109 Das stärkt die heimische Landwirtschaft und hilft dabei, dass es sich auch auf der Einkommenseite lohnt,
110 verstärkt auf Produkte zu setzen, die klima- und artenschutzfreundlich produziert und regional vertrieben
111 werden.

112 II. Zu einer ehrlichen Analyse zur Halbzeit gehört aber auch, klar zu benennen, wo wir uns noch nicht
113 durchsetzen konnten. Seit Eintritt in die Landesregierung haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, den
114 politischen Stil, die politische Kultur in diesem Land zu verändern. Wir sind überzeugt: Die Zeit ist reif für
115 eine Politik auf Augenhöhe, für ehrliche, klare Kommunikation und für mehr Mitbestimmung. Wir arbeiten
116 täglich in unserer Kommunikation an der Verbesserung dieses politischen Stils und wo wir in den nächsten
117 2 ½ Jahren weiter hart kämpfen müssen, um Brandenburg klimaneutral, sozialer und weltoffener zu
118 machen.

119 Uns Bündnisgrünen geht es um die Inhalte und wir geben uns nicht damit zufrieden, uns auf unseren
120 Erfolgen auszuruhen. Wir haben in der ersten Halbzeit unglaublich viel erreicht und viele dicke Bretter
121 gebohrt. Aber wir wären nicht die Bündnisgrünen, wenn wir bei unserer Halbzeitbilanz nicht den Fokus
122 darauf legen würden, was wir in den nächsten 2 1/2 Jahren noch für Brandenburg verändern wollen:

123 **Mobilitätswende voranbringen:** Unser Ziel ist klar: allen Brandenburger*innen muss es möglich sein, ihr
124 Auto stehen zu lassen und auf bequeme Alternativen mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf das Fahrrad
125 umzusteigen. Davon sind wir allerdings, gerade in den ländlichen Regionen Brandenburgs, noch weit
126 entfernt. Viele Menschen sind nach wie vor auf ihr Auto angewiesen, weil vielerorts kein Bus fährt oder
127 nach 19 Uhr keine Züge mehr verkehren. Diesen Missstand wollen wir konsequent angehen. Unsere
128 Landtagsfraktion hat daher eine Studie zur Mobilitätsgarantie in Auftrag gegeben. Das Ergebnis zeigt: eine
129 Mobilitätsgarantie für alle Menschen in Brandenburg ist möglich und finanzierbar! Das heißt ganz konkret:
130 Egal in welchem Ort in Brandenburg; zwischen 5 und 22 Uhr würde es mindestens stündlich (am
131 Wochenende alle zwei Stunden) eine Möglichkeit geben, in Bus oder Bahn einzusteigen. Die Widerstände
132 in der Koalition sind allerdings groß. Im Denken unserer Koalitionspartner dominiert nach
133 wie vor das Auto. Das Ziel dass 2030 60% der Wege in Brandenburg mit dem Umweltverbund zurückgelegt
134 werden, muss sich in jedem einzelnen Haushalt widerspiegeln. Das bedeutet perspektivisch stetig
135 steigende Mittel für den ÖPNV und die Radverkehrsinfrastruktur. Wenn es nach uns ginge, wären wir hier
136 schon viel weiter. Wir unterstützen den Dialogprozess zwischen dem Bündnis hinter der Volksinitiative

137 "Verkehrswende Brandenburg Jetzt" und der Landesregierung. Am Ende dieses Prozesses soll ein
138 Mobilitätsgesetz stehen.

139 **Energiewende vorantreiben, 100% Erneuerbare Energien bis 2030:** Der vorgezogene Kohleausstieg kommt,
140 das steht spätestens seit dem Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung auf Bundesebene fest. Für uns in
141 Brandenburg ist das ein großer Erfolg, weil einmal mehr klar ist, dass keine Dörfer mehr abgebaggert
142 werden und mehr klimaschädliche Braunkohle im Boden bleibt. Die große Aufgabe, auf 100% Erneuerbare
143 Energien umzustellen stellt sich bundesweit. Auch Brandenburg muss seinen Anteil leisten. Die vom
144 SPD-Energieministerium vorgestellte Energiestrategie wird diesem Anspruch leider noch nicht gerecht.
145 Hier gilt es: mit dem Instrument des Klimaplanes und mit dem Rückenwind der veränderten
146 Rahmenbedingungen auf Bundesebene muss die Landesregierung konkreter werden und den Ausbau der
147 Erneuerbaren Energien aktiver vorantreiben. Dafür kämpfen wir in der Koalition! Das Ziel ist klar:
148 mindestens 2% der Landesfläche für Windenergie. Wir pochen auf den Koalitionsvertrag und werden
149 darauf drängen, die
150 Regionalplanung zu ändern, um dieses Ziel zu erreichen.

151 **Klimaschutzgesetz für Brandenburg:** Der Klimaplan wird ein großer Schritt in Richtung Klimaneutralität
152 für Brandenburg. In der zweiten Hälfte der Legislatur geht es jetzt darum, den Klimaplan zu konkretisieren
153 und mit konkreten Maßnahmenpaketen zu untersetzen, wie z.B. einem Aktionsplan Insektenschutz. Wir
154 Bündnisgrüne sind uns allerdings einig: Beim Klimaschutz im Land muss der Klimaplan erst der Anfang
155 sein. Brandenburg braucht ein echtes, verbindliches Klimaschutzgesetz auf Basis des Klimaplanes, um auf
156 den 1,5 Grad Pfad zu kommen. Hier zeigt sich einmal mehr ganz deutlich: Für Klimaschutz sind in
157 Brandenburg leider alleine wir Bündnisgrünen zuständig. Wir kämpfen regelmäßig gegen die Widerstände
158 der Koalitionspartner an. Auch den Schritt hin zum verbindlichen Klimaschutzgesetz lehnen SPD und CDU
159 bislang ab. Doch die Klimakrise lässt schlicht gar keinen anderen Schluss zu als Klimaschutz,
160 Mobilitätswende und Energiewende konsequent zu Ende zu führen. Wir werden nicht nachlassen und
161 unermüdlich den Finger in die Wunde legen.

162 **Freiheit und Sicherheit zusammendenken:** Verantwortungsvolle Innenpolitik heißt für uns Bündnisgrüne:
163 Gute Arbeitsbedingungen sicherstellen, Transparenz und Kontrolle stärken und ein klares Nein zu
164 unverhältnismäßigen Grundrechtseingriffen und Massenüberwachung. Gerade in der Pandemie stand die
165 Brandenburger Polizei vor besonderen Belastungen und Herausforderungen. Mit Investitionen in gute
166 Ausstattung und die Modernisierung von Dienststellen, Stärkung der Attraktivität des Polizeiberufs und der
167 Zielzahl von 8.500 Stellen im Polizeibereich machen wir gute, bürger*innennahe Polizeiarbeit möglich.
168 Gleichzeitig treten wir Bündnisgrünen Vorstößen der Koalitionspartner, die neue Befugnisse inklusive
169 unverhältnismäßiger Grundrechtseingriffe oder Massenüberwachung vorsehen, entschieden entgegen. Dies
170 gilt insbesondere auch, wenn es um Grundrechte von Geflüchteten geht. So verhindern wir die Einrichtung
171 einer Abschiebehaft am BER und drängen immer wieder auf Einhaltung humanitärer Standards.
172 Mit der Einrichtung einer unabhängigen Polizeibeauftragtenstelle beim Landtag gehen wir einen großen
173 Schritt für die Stärkung von Transparenz und moderner Fehlerkultur bei der Polizei. Mit dem eingebrachten
174 Gesetzentwurf wird eine Stelle geschaffen, die gleichzeitig Ansprechperson für Beschwerden und Sorgen
175 von Bürger*innen und Polizist*innen ist, vor allem aber auch die parlamentarische Begleitung und
176 Kontrolle der Polizei erheblich stärkt. So arbeiten wir daran, dass wirklich alle Bürger*innen ohne
177 Vorbehalte Vertrauen in die Arbeit unserer Polizei haben.

178 **Last des BER für Landeshaushalt, Klima und Anwohner*innen beschränken:** Die Finanzsituation des
179 Flughafens BER war über Jahre hinweg instabil und intransparent und kostet die Steuerzahler*innen in
180 Brandenburg jährlich Unsummen. Die Vorgängerregierung verschloss die Augen davor, dass der BER zum
181 Fass ohne Boden für den Landeshaushalt wurde. Mit uns an der Landesregierung läuft das anders.
182 Gemeinsam mit unseren bündnisgrünen Mitstreiter*innen in Berlin und im Bund fordern wir maximale
183 Transparenz und parlamentarische Kontrolle ein. Mit ersten Erfolgen: Als Grundlage für weitere Planungen
184 gibt es nun ein Gutachten zur Finanzsituation. Für uns ist klar: Der BER braucht einen echten Neustart,
185 sodass er langfristig wirtschaftlich tragfähig ist und den Landeshaushalt nicht auch zukünftig in
186 Milliardenhöhe belastet. Dafür braucht es einen Sanierungsplan. Zudem muss der Flughafen im 21.

187 Jahrhundert ankommen und braucht eine an die Klimakrise angepasste Strategieänderung: klarer Fokus auf
188 Nachhaltigkeit, z.B. mithilfe einer Power-to-X-Anlage für grüne Flugtreibstoff-Erzeugung, und konsequente
189 Abkehr von Billig- und Kurzstreckenflügen, die auf die Schiene verlagert werden können. Außerdem
190 müssen die Anwohner*innen endlich vollumfänglich vor Fluglärm geschützt und das Nachtflugverbot muss
191 umgesetzt werden.

192 **Biodiversität bewahren, unsere Natur schützen:** Für den Schutz der Natur des Landes Brandenburg wenden
193 wir viel Kraft auf. Das Brandenburger Umweltministerium unter Axel Vogel hat hier viel Zählbares erreicht.
194 Um das professionelle Rückgrat der Schutzgebiete zu stärken, haben wir für mehr Personal in
195 Biosphärenreservaten wie Spreewald, Schorfheide-Chorin und Flusslandschaft Elbe Brandenburg gesorgt.
196 Auch für die elf Naturparke haben wir Nachwuchsstellen geschaffen. Für das Weltnaturerbe Buchenwald
197 Grumsin konnten wir ebenso zusätzliche Naturwachtstellen finanzieren. Den Naturpark Stechlin-Ruppiner
198 Land haben wir erweitert. Dem Naturpark Schlaubetal haben wir ein Besucherinformationszentrum
199 gefördert. An der Elbe haben wir mit 30 km Grünem Band an der ehemaligen innerdeutschen Grenze einen
200 Teil des größten deutschen Biotopverbundsystems mitschaffen können. Die Unterstützung der
201 Naturschutzverbände konnten wir erhöhen. Der Artenvielfalt zuliebe arbeiten wir daran, im Sinne der
202 Biodiversitätsstrategie des Bundes die Wildnisfläche ohne Bewirtschaftung von einem auf zwei Prozent der
203 Landesfläche zu erhöhen.

204 **Dürren & Überschwemmungen: Klimaanpassung auch in Brandenburg:** Unser klares Ziel ist die
205 Bekämpfung der Klimakrise. Sie durch mutige und lohnenswerte Veränderungen in vielen Politikfeldern in
206 einem kontrollierbaren Rahmen zu halten, ist die entscheidende Herausforderung der kommenden Jahre.
207 Dennoch ist die Krise bereits vorangeschritten und wir müssen mit den Folgen bereits im Hier und Jetzt
208 umgehen: Wir erleben schon jetzt einen Anstieg der Erderhitzung und auch in Brandenburg spüren wir die
209 konkreten Auswirkungen, wie z.B. bei den jüngsten Überschwemmungen in der Uckermark oder bei
210 sommerlichen Waldbränden aufgrund von Hitze- und Dürreperioden. Um diesen Entwicklungen zu
211 begegnen, werden wir in Brandenburg die Klimaanpassungsstrategien konsequent weiter verfolgen. Ein
212 erster Schritt war die Erstellung des Niedrigwasserkonzepts, um abnehmendem Wasserangebot bei
213 anhaltender Trockenheit zu begegnen. Wir unterstützen Kommunen bei Konzepten für die Bewältigung von
214 Starkregen-Ereignissen.

215 Wir haben einen Hitzeaktionsplan aufgelegt, um Menschen vor extremer Hitze besser schützen zu können.
216 Außerdem hat das Landwirtschaftsministerium Projekte zu klimagerechter Landnutzung und
217 nachwachsenden Rohstoffen unter wissenschaftlicher Begleitung gestartet.

218 **Gewalt gegen Frauen bekämpfen:** Gewalt gegen Frauen sind genauso wie Femizide leider immer noch
219 Alltag. Wir müssen Frauen noch besser schützen und geschlechtsspezifischer Gewalt vorbeugen. Dazu
220 gehört eine auskömmliche Finanzierung und Stärkung der Frauenhäuser, ebenso wie Gewaltprävention
221 und Täter*innenarbeit. In den vergangenen 2,5 Jahren haben wir bereits erste Verbesserungen umgesetzt,
222 doch es sind noch weitere Schritte zu gehen, bis wir unser Ziel erreicht haben: Wir wollen die Istanbul
223 Konvention vollumfänglich umsetzen. Das packen wir jetzt an. Außerdem werden wir die wichtige Arbeit
224 der Brandenburger Frauenverbände sowie der queeren Initiativen und Träger weiterhin finanziell
225 absichern.

226 **Armut bekämpfen:** Die Corona Pandemie hat soziale Ungleichheit nochmals verschärft und bringt wie
227 durch ein Brennglas schonungslos die Schwächen unseren Sozialsystems zum Vorschein. Wir Bündnisgrüne
228 wollen Armut entschlossen bekämpfen. Dazu gehört auf Bundesebene die Verbesserung unserer
229 Sozialsysteme, allen voran die Überwindung von Hartz IV. In Brandenburg können wir kurzfristig die
230 Symptome bekämpfen und gezielt Menschen unterstützen, die in Armut leben oder akut von Armut
231 bedroht sind. Ein wichtiger Baustein stellt auch die Armutsprävention dar, um sicherzustellen, dass
232 Menschen gar nicht erst in Armut rutschen und auch gegen die Folgen von Schicksalsschlägen abgesichert
233 sind. Dabei geht es auch um die Verbesserung der Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, um den
234 Niedriglohnsektor zurückzudrängen und Tarifbindung zu erhöhen. Aufträge des Landes wollen wir über
235 eine Tariftreueklausel im Vergabegesetz nur noch an Unternehmen vergeben, die nach Tarif bezahlen.

236 **Familien stärken:** Die Corona Pandemie bürdet gerade Familien mit kleinen Kindern kaum schaffbare
237 Belastungen auf: Home Schooling neben Home office. Die Quarantäne mit kleinen Kindern in einer kleinen
238 Wohnung zu verbringen. Den Kindern erklären zu müssen, warum sie den Geburtstag nicht mit
239 Freund*innen feiern dürfen. All das hat Familien in den letzten zwei Jahren stark belastet. Hinzu kommt,
240 dass immer mehr Mütter und Väter mit Symptomen von Long-Covid zu kämpfen haben. Hier wollen wir
241 gezielt unterstützen, Familien stärken und eine Initiative zur Unterstützung bei Long-Covid für Familien
242 auflegen. Gemeinsam mit dem Bund wollen wir die Kindergrundsicherung umsetzen, denn die
243 Pandemiefolgen treffen gerade Familien mit Kindern auch finanziell. Um Familien finanziell weiter zu
244 entlasten, werden wir 2023 das vorletzte und 2024 das vorvorletzte Kitajahr beitragsfrei machen. Auch die
245 Arbeit der Familienberatungen und Familienzentren wollen wir weiter unterstützen.

246 **Bildung und Schulen stärken:** Auch unser Bildungssystem und unsere Schulen wurden in der Corona
247 Pandemie mit vielen Härten und Herausforderungen konfrontiert. Besonders für Kinder und Jugendliche
248 war die Zeit der Lockdowns nicht einfach. Gerade dann, wenn wichtige soziale Entwicklungsschritte nicht
249 gemacht werden konnten und der Kontakt zu Lehrer*innen und Klassenkamerad*innen verloren gegangen
250 ist. Soziale Ungleichheiten werden dadurch weiter verschärft. Das Programm des Bundes „Aufholen nach
251 Corona“ haben wir mit Landesmitteln noch einmal verdoppelt, um zwei Jahre lang 200 zusätzliche
252 Lehrkräfte und 54 Stellen Schulsozialarbeit finanzieren zu können. Dies ist ein guter erster Schritt. Um
253 unsere Schulen dauerhaft mit dem dringend benötigten Personal auszustatten, werden wir uns in der
254 zweiten Hälfte der Legislatur für multiprofessionelle Teams in Schulen einsetzen. Außerdem wird der
255 Ausbau von Schulen für gemeinsames Lernen einen Schwerpunkt unserer Bildungspolitik bilden, genauso
256 wie
257 die Umsetzung des „Startchancenprogramms“ des Bundes, mit dem z.B. in Barrierefreiheit investiert wird,
258 .

259 **Brandenburg nach der Pandemie ausreichend finanzieren:** Es werden zusätzliche Mittel nötig sein, um zum
260 einen die Maßnahmen zu finanzieren, die für das Erreichen der Klimaschutzziele und für die nachhaltige
261 und soziale Modernisierung Brandenburgs erforderlich sind, und um zum anderen die wirtschaftliche
262 Erholung mit dem Abklingen der Corona-Pandemie abzusichern. Wir brauchen neben privaten auch mehr
263 öffentliche Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie in die Infrastruktur.
264 Wir werden dafür kämpfen, diese Mittel jetzt bereit zu stellen und wollen in den kommenden Haushalten
265 die Finanzierung zusätzlicher öffentlicher Investitionen im Rahmen der Schuldenbremse sichern.

Beschluss

Halbzeit: Wir erneuern Brandenburg!

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 26.03.2022

Tagesordnungspunkt: 5. Leitantrag Halbzeitbilanz

Antragstext

1 Nach der Landtagswahl 2019 sind wir Bündnisgrüne eine Koalition mit SPD und CDU eingegangen und
2 seitdem Teil der Landesregierung. Mit dem Koalitionsvertrag „Zusammenhalt - Nachhaltigkeit - Sicherheit“
3 haben wir einen guten Grundstein gelegt und konnten viele grüne Projekte verankern. Auch wenn Regieren
4 in dieser Koalition nicht immer ganz ohne Streit abläuft, merken wir täglich: Demokratischer Streit lohnt
5 sich. Denn wir machen den Unterschied. Mit Entschlossenheit und großem Willen zur Veränderung packen
6 wir Bündnisgrüne die dringend notwendigen Veränderungen in Brandenburg an. Auch dann wenn es
7 schwierig wird – sei es beim Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit oder der Veränderung der politischen
8 Kultur.

9 Zur letzten Landtagswahl sind wir angetreten, um die großen Herausforderungen dieser Zeit anzugehen
10 und den politischen Kurs zu verändern. Damals hätten wir alle nicht gedacht, dass mit der
11 Corona-Pandemie eine weitere massive Herausforderung dieser Legislatur ihren Stempel aufdrücken
12 würde. Kurz nach Eintritt in die Landesregierung mussten wir unsere Krisenfähigkeiten unter Beweis
13 stellen. Dabei wurde schnell klar: Mit unserer Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher an der Spitze
14 stellt sich die Landesregierung den Herausforderungen dieser Pandemie. Wir Bündnisgrüne haben stets mit
15 konsequenten Maßnahmen auf die Pandemie reagiert, ohne dabei die Menschen aus den Augen zu
16 verlieren, die in den letzten zwei Jahren mit vielen Einschränkungen leben mussten. Zu den zahlreichen
17 Projekten, die wir uns vorgenommen hatten, um Brandenburg nachhaltiger, gerechter, lebenswerter und fit
18 für die Zukunft zu machen, kamen die Reaktionen auf und die Lehren aus der Pandemie.

19 I. Und auch bei den anderen dringend notwendigen Themen haben wir in der ersten Hälfte der Legislatur
20 schon viel erreicht und Brandenburg fairwandelt:

21 **Klimaschutz, Strukturwandel und Energiewende gestalten:** Wir erarbeiten im bündnisgrün geführten
22 Klimaschutzministerium einen Klimaplan für Brandenburg, um in allen Bereichen des Lebens und
23 Wirtschaftens in der Mark Treibhausgase mit konkreten Maßnahmen einsparen zu können. Dazu haben wir
24 einen breiten und gut strukturierten Beteiligungsprozess gestartet, in den wir insbesondere Kommunen
25 und Jugendliche einbeziehen. Wir bringen die Energiewende im Land voran, führen Brandenburg bis 2030
26 aus der Kohle und schaffen Zukunftsperspektiven für die Menschen in den Brandenburger Kohleregionen,
27 durch Dialog, Mitbestimmung und unermüdliches Engagement für einen gelingenden Strukturwandel.

28 **Nachhaltige Transformation unserer Wirtschaft:** In den letzten beiden Jahren haben sich etliche
29 Unternehmen aus Zukunftsindustrien in Brandenburg angesiedelt. Eine vielversprechende Entwicklung für
30 Brandenburg, auf der wir weiter aufbauen. Für uns ist dabei klar: Die Transformation der Wirtschaft muss
31 nachhaltig, ökologisch und sozial erfolgen. Wir werden weiter die Rahmenbedingungen schaffen, die
32 nachhaltig denkende Unternehmen und Investor*innen nach Brandenburg ziehen: Wir bringen den Ausbau
33 der Erneuerbaren Energien voran, ebenso wie den Ausbau des ÖPNV. Außerdem fördern wir verstärkt
34 nachhaltige Gründungen in Brandenburg und fördern Co-Working Spaces für eine moderne Kultur des
35 Arbeitens & Wirtschaftens. Wir haben die Genehmigung für Industrieanlagen über Digitalisierung erheblich
36 beschleunigt. Wirtschaftlicher Erfolg, Soziale Verantwortung und gute Arbeitsbedingungen sind für uns

37 untrennbar verbunden. Daher haben wir den Vergabemindestlohn von 13€ pro Stunde eingeführt und
38 erarbeiten erstmals ökologische Kriterien für öffentliche Vergaben.

39 **Spielräume für starke Ländliche Räume schaffen:** Wir haben Förderprogramme für ländliche Entwicklung
40 so verändert, dass damit mobile Angebote für die umfassende Grundversorgung, aber auch Dorfläden mit
41 gastronomischen Angeboten künftig Unterstützung erhalten können. Von den Projekten im Bereich der
42 Gesundheit und Pflege profitieren die ländlichen Räume besonders. Wir arbeiten daran, die ländlichen
43 Räume gut an den ÖPNV und Schienenverkehr anzubinden und die Bildungsinfrastruktur zu stärken und zu
44 sichern. Wir sorgen dafür, dass Kommunen auf dem Land noch stärker von der Energiewende direkt
45 profitieren. Außerdem fördern wir Kultur auf dem Land. Unsere Reform der Kommunalverfassung stattet die
46 Dörfer mit eigenen Budgets aus (Ortsteilbudgets). Sie erhalten damit mehr Kontrolle über die Gelder, die in
47 der Kommune zur Verfügung stehen, sodass diese direkt im Dorf den Menschen zugutekommen können.

48 **Die Grundlagen für ein gesundes Leben aufbauen, auch im Alter:** Um eine der großen sozialpolitischen
49 Herausforderungen unserer Zeit anzugehen und möglichst vielen Brandenburger*innen die Pflege in den
50 eigenen vier Wänden zu ermöglichen, hat das bündnisgrüne Gesundheits- und Sozialministerium den „Pakt
51 für Pflege“ ins Leben gerufen. Durch den Pakt für Pflege können Kommunen nun stärker als bisher in die
52 Pflegeinfrastruktur vor Ort investieren. Der Pflegeberuf wird außerdem für mehr Menschen attraktiv – durch
53 verbesserte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Wir investieren in die Brandenburger Krankenhäuser als
54 Anker der Gesundheitsversorgung und starten bzw. fördern Projekte zur Gesundheitsversorgung im ganzen
55 Land, wie den Hebammenaktionsplan, das Landärzt*innenprogramm und den Hitzeaktionsplan.

56 **Kinder und junge Menschen in den Mittelpunkt stellen und die Kleinsten stärken – Kitapaket umsetzen:**
57 Um Kindern und Jugendlichen eine Stimme zu geben, haben wir eine Kinder- und Jugendbeauftragte ins
58 Leben gerufen. Die Bedingungen in der frühkindlichen Bildung haben wir stark verbessert. Ein
59 Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf der Verbesserung der Kita-Qualität. Wir wollen, dass die
60 Erzieher*innen mehr Zeit für jedes einzelne Kind haben. Deshalb haben wir zum 01.08.2020 den
61 Betreuungsschlüssel für 3-6 Jährige von 1:11 auf 1:10 verbessert. Den Betreuungsschlüssel für
62 Unter-Dreijährige werden wir ab 01.08.2022 bis 2025 in drei Schritten auf 1:4 senken. Wir haben das
63 Programm „Aufholen nach Corona“ gestartet und mit Landesmitteln noch einmal verdoppelt. Die
64 Hochschulen statten wir jedes Jahr mit fünf Millionen Euro zusätzlich aus. Für die geplante Uni-Medizin in
65 Cottbus liegt ein erstes Konzept vor. Denn Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

66 **Vielfalt feiern, Demokratie stärken und dem Rechtsextremismus entgegenzutreten:** Wir sagen „Stopp!“ zu
67 Rechtsextremismus und Verschwörungserzählungen, „Ja!“ zu vielfältigen Lebensentwürfen und Biografien,
68 und „Willkommen!“ zu Geflüchteten. Wir fördern Bürger*innenbeteiligung, Demokratieprojekte und queere
69 Projekte im Land. Die Etablierung einer Polizeibeauftragtenstelle haben wir auf den Weg gebracht. Um
70 jedes Jahr 200 Schutzsuchenden in Brandenburg Zuflucht gewähren zu können, haben wir ein humanitäres
71 Landesaufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Geflüchtete ins Leben gerufen. Wir haben die
72 Migrationssozialarbeit sowie das Integrationsbudget gesichert, um die Kommunen bei ihrer
73 Integrationsarbeit zu unterstützen. Außerdem fördern wir im Rahmen des Handlungskonzeptes „Tolerantes
74 Brandenburg“ zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus sowie Maßnahmen zur
75 Demokratieförderung. Zusammen mit allen demokratischen Fraktionen im Landtag haben wir die
76 Null-Toleranz-
77 Strategie gegenüber Rechtsextremismus in Brandenburger Sicherheitsbehörden bekräftigt. Gemeinsam
78 konnten wir erreichen, dass Cottbus eine zusätzliche Außenstelle der Stasiunterlagenbehörde (BStU, jetzt
79 Teil des Bundesarchivs) erhält.

80 **Mobilität im Land nachhaltig konzipieren:** Ob Ausbau der Radwege, Lastenradprämie oder Reaktivierung
81 von Bahnstrecken und neue PlusBus-Linien: Wir sind erste Schritte auf dem langen Weg der
82 Verkehrswende gegangen - weg von der Fokussierung auf die Straße -hin zur klimafreundlichen Mobilität
83 mit Bus, Bahn & Co. Trotzdem stehen wir erst am Anfang dieses Paradigmenwechsels. Es gibt noch so viel
84 zu tun. Unser großes Ziel: Eine Mobilitätsgarantie für Alle! Überall in Brandenburg sollen Menschen das

85 Auto stehen lassen können, wenn sie dies möchten, dank regelmäßigem ÖPNV oder Regionalzugverkehr im
86 Stundentakt, verlässlicheren Verbindungen und abgestimmten Bahn-Bus-Verknüpfungen.

87 **Naturschutz und Tierwohl voranbringen:** Wir stemmen uns gegen die verheerenden Pläne Polens zum
88 Ausbau der weitgehend frei fließenden, naturnahen Oder und wollen damit auch Beeinträchtigungen für
89 unseren Nationalpark „Unteres Odertal“ verhindern. Unser Umweltministerium arbeitet am den Umbau von
90 Brandenburgs Kiefernforsten hin zu widerstandsfähigen, klimaresilienten Mischwäldern und bringt in
91 diesem Zusammenhang auch ein modernes Jagdgesetz auf den Weg. Wir haben durch strengere
92 Vorschriften und durch ein eigens etabliertes Kontrollteam Tiertransporte dafür gesorgt, dass
93 Tiertransporte besser kontrolliert werden und messbar weniger aus Brandenburg in Richtung Drittstaaten
94 starten. Perspektivisch wollen wir sie in Zusammenarbeit mit unseren Mitstreiter*innen im Bund, auf
95 EU-Ebene und in den anderen Ländern komplett abschaffen. Mit den Volksinitiativen zum Insektenschutz
96 arbeiten wir an einem effektiven Artenschutz. Bei der Bekämpfung der Geflügelpest haben wir bundesweit
97 erstmalig darauf
98 geachtet, dass nicht - wie in anderen Ländern - in ganzen Landkreisen eine Aufstallungspflicht für Geflügel
99 ausgesprochen wird, sondern nur in genau definierten Risikoregionen.

100 **Eine Landwirtschaft ermöglichen, die gute Einkommen schafft und unsere natürlichen Lebensgrundlagen**
101 **schützt:** Beides miteinander zu vereinbaren ist das große Ziel unserer bündnisgrünen Agrarpolitik in
102 Brandenburg. Landwirt*innen (Biobäuer*innen wie konventionelle), die nachhaltiger wirtschaften wollen,
103 finden nun die nötigen Grundlagen und Hilfestellungen vor. Das bündnisgrün geführte
104 Landwirtschaftsministerium hat einen Ökoaktionsplan aufgelegt: Dieser hilft dabei, dass in Brandenburg
105 mehr Bio produziert wird und fördert Landwirt*innen, die umsteigen wollen. Wir fördern den Aufbau
106 regionaler, ökologischer Wertschöpfungsketten. Durch die Einführung von Qualitätssiegeln haben wir nicht
107 nur die Produktion und Vermarktung von (Bio-)Produkten aus der Region gestärkt, sondern machen es den
108 Menschen in Zukunft beim Einkaufen auch einfacher, Produkte aus Brandenburg als solche zu erkennen.
109 Das stärkt die heimische Landwirtschaft und hilft dabei, dass es sich auch auf der Einkommenseite lohnt,
110 verstärkt auf Produkte zu setzen, die klima- und artenschutzfreundlich produziert und regional vertrieben
111 werden.

112 II. Zu einer ehrlichen Analyse zur Halbzeit gehört aber auch, klar zu benennen, wo wir uns noch nicht
113 durchsetzen konnten. Seit Eintritt in die Landesregierung haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, den
114 politischen Stil, die politische Kultur in diesem Land zu verändern. Wir sind überzeugt: Die Zeit ist reif für
115 eine Politik auf Augenhöhe, für ehrliche, klare Kommunikation und für mehr Mitbestimmung. Wir arbeiten
116 täglich in unserer Kommunikation an der Verbesserung dieses politischen Stils und wo wir in den nächsten
117 2 ½ Jahren weiter hart kämpfen müssen, um Brandenburg klimaneutral, sozialer und weltoffener zu
118 machen.

119 Uns Bündnisgrünen geht es um die Inhalte und wir geben uns nicht damit zufrieden, uns auf unseren
120 Erfolgen auszuruhen. Wir haben in der ersten Halbzeit unglaublich viel erreicht und viele dicke Bretter
121 gebohrt. Aber wir wären nicht die Bündnisgrünen, wenn wir bei unserer Halbzeitbilanz nicht den Fokus
122 darauf legen würden, was wir in den nächsten 2 1/2 Jahren noch für Brandenburg verändern wollen:

123 **Mobilitätswende voranbringen:** Unser Ziel ist klar: allen Brandenburger*innen muss es möglich sein, ihr
124 Auto stehen zu lassen und auf bequeme Alternativen mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf das Fahrrad
125 umzusteigen. Davon sind wir allerdings, gerade in den ländlichen Regionen Brandenburgs, noch weit
126 entfernt. Viele Menschen sind nach wie vor auf ihr Auto angewiesen, weil vielerorts kein Bus fährt oder
127 nach 19 Uhr keine Züge mehr verkehren. Diesen Missstand wollen wir konsequent angehen. Unsere
128 Landtagsfraktion hat daher eine Studie zur Mobilitätsgarantie in Auftrag gegeben. Das Ergebnis zeigt: eine
129 Mobilitätsgarantie für alle Menschen in Brandenburg ist möglich und finanzierbar! Das heißt ganz konkret:
130 Egal in welchem Ort in Brandenburg; zwischen 5 und 22 Uhr würde es mindestens stündlich (am
131 Wochenende alle zwei Stunden) eine Möglichkeit geben, in Bus oder Bahn einzusteigen. Die Widerstände
132 in der Koalition sind allerdings groß. Im Denken unserer Koalitionspartner dominiert nach
133 wie vor das Auto. Das Ziel dass 2030 60% der Wege in Brandenburg mit dem Umweltverbund zurückgelegt

134 werden, muss sich in jedem einzelnen Haushalt widerspiegeln. Das bedeutet perspektivisch stetig
135 steigende Mittel für den ÖPNV und die Radverkehrsinfrastruktur. Wenn es nach uns ginge, wären wir hier
136 schon viel weiter. Wir unterstützen den Dialogprozess zwischen dem Bündnis hinter der Volksinitiative
137 "Verkehrswende Brandenburg Jetzt" und der Landesregierung. Am Ende dieses Prozesses soll ein
138 Mobilitätsgesetz stehen.

139 **Energiewende vorantreiben, 100% Erneuerbare Energien bis 2030:** Der vorgezogene Kohleausstieg kommt,
140 das steht spätestens seit dem Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung auf Bundesebene fest. Für uns in
141 Brandenburg ist das ein großer Erfolg, weil einmal mehr klar ist, dass keine Dörfer mehr abgebaggert
142 werden und mehr klimaschädliche Braunkohle im Boden bleibt. Die große Aufgabe, auf 100% Erneuerbare
143 Energien umzustellen stellt sich bundesweit. Auch Brandenburg muss seinen Anteil leisten. Die vom
144 SPD-Energieministerium vorgestellte Energiestrategie wird diesem Anspruch leider noch nicht gerecht.
145 Hier gilt es: mit dem Instrument des Klimaplanes und mit dem Rückenwind der veränderten
146 Rahmenbedingungen auf Bundesebene muss die Landesregierung konkreter werden und den Ausbau der
147 Erneuerbaren Energien aktiver vorantreiben. Dafür kämpfen wir in der Koalition! Das Ziel ist klar: mehr als
148 2% der Landesfläche für Windenergie. Wir pochen auf den Koalitionsvertrag und werden darauf drängen,
149 die
150 Regionalplanung zu ändern, um dieses Ziel zu erreichen.

151 **Klimaschutzgesetz für Brandenburg:** Der Klimaplan wird ein großer Schritt in Richtung Klimaneutralität
152 für Brandenburg. In der zweiten Hälfte der Legislatur geht es jetzt darum, den Klimaplan zu konkretisieren
153 und mit konkreten Maßnahmenpaketen zu untersetzen, wie z.B. dem Moorschutzprogramm zur
154 Reduzierung der Treibhausgasemissionen auf Moorflächen. Ein weiterer wichtiger Baustein hierbei ist
155 Ökologisches Bauen und vielfältige Wohnformen zu fördern. Wir unterstützen daher auch die Etablierung
156 von Modellquartieren für klima- und umweltgerechtes Bauen in den Städten und Gemeinden im Land
157 Brandenburg. Darüber hinaus ist der sparsame Umgang mit Grund und Boden für uns nicht verhandelbar.
158 Wir Bündnisgrüne sind uns allerdings einig: Beim Klimaschutz im Land kann der Klimaplan erst der Anfang
159 sein. Brandenburg braucht ein echtes, verbindliches Klimaschutzgesetz auf Basis des Klimaplanes, um auf
160 den 1,5 Grad Pfad zu kommen. Hier zeigt sich einmal mehr ganz deutlich: Für Klimaschutz sind in
161 Brandenburg leider alleine wir Bündnisgrünen zuständig. Wir kämpfen regelmäßig gegen die Widerstände
162 der Koalitionspartner an. Auch den Schritt hin zum verbindlichen Klimaschutzgesetz lehnen SPD und CDU
163 bislang ab. Doch die Klimakrise lässt schlicht gar keinen anderen Schluss zu als Klimaschutz,
164 Mobilitätswende und Energiewende konsequent zu Ende zu führen. Wir werden nicht nachlassen und
165 unermüdlich den Finger in die Wunde legen.

166 **Freiheit und Sicherheit zusammendenken:** Verantwortungsvolle Innenpolitik heißt für uns Bündnisgrüne:
167 Gute Arbeitsbedingungen sicherstellen, Transparenz und Kontrolle stärken und ein klares Nein zu
168 unverhältnismäßigen Grundrechtseingriffen und Massenüberwachung. Gerade in der Pandemie stand die
169 Brandenburger Polizei vor besonderen Belastungen und Herausforderungen. Mit Investitionen in gute
170 Ausstattung und die Modernisierung von Dienststellen, Stärkung der Attraktivität des Polizeiberufs und der
171 Zielzahl von 8.500 Stellen im Polizeibereich machen wir gute, bürger*innennahe Polizeiarbeit möglich.
172 Gleichzeitig treten wir Bündnisgrünen Vorstößen der Koalitionspartner, die neue Befugnisse inklusive
173 unverhältnismäßiger Grundrechtseingriffe oder Massenüberwachung vorsehen, entschieden entgegen. Dies
174 gilt insbesondere auch, wenn es um Grundrechte von Geflüchteten geht. So verhindern wir die Einrichtung
175 einer Abschiebehaft am BER und drängen immer wieder auf Einhaltung humanitärer Standards.
176 Mit der Einrichtung einer unabhängigen Polizeibeauftragtenstelle beim Landtag gehen wir einen großen
177 Schritt für die Stärkung von Transparenz und moderner Fehlerkultur bei der Polizei. Mit dem eingebrachten
178 Gesetzentwurf wird eine Stelle geschaffen, die gleichzeitig Ansprechperson für Beschwerden und Sorgen
179 von Bürger*innen und Polizist*innen ist, vor allem aber auch die parlamentarische Begleitung und
180 Kontrolle der Polizei erheblich stärkt. So arbeiten wir daran, dass wirklich alle Bürger*innen ohne
181 Vorbehalte Vertrauen in die Arbeit unserer Polizei haben.

182 **Last des BER für Landeshaushalt, Klima und Anwohner*innen beschränken:** Die Finanzsituation des
183 Flughafens BER war über Jahre hinweg instabil und intransparent und kostet die Steuerzahler*innen in

184 Brandenburg jährlich Unsummen. Die Vorgängerregierung verschloss die Augen davor, dass der BER zum
185 Fass ohne Boden für den Landeshaushalt wurde. Mit uns an der Landesregierung läuft das anders.
186 Gemeinsam mit unseren bündnisgrünen Mitstreiter*innen in Berlin und im Bund fordern wir maximale
187 Transparenz und parlamentarische Kontrolle ein. Mit ersten Erfolgen: Als Grundlage für weitere Planungen
188 gibt es nun ein Gutachten zur Finanzsituation. Für uns ist klar: Der BER braucht einen echten Neustart,
189 sodass er langfristig wirtschaftlich tragfähig ist und den Landeshaushalt nicht auch zukünftig in
190 Milliardenhöhe belastet. Dafür braucht es einen Sanierungsplan. Zudem muss der Flughafen im 21.
191 Jahrhundert ankommen und braucht eine an die Klimakrise angepasste Strategieänderung: klarer Fokus auf
192 Nachhaltigkeit, z.B. mithilfe einer Power-to-X-Anlage für grüne Flugtreibstoff-Erzeugung, und konsequente
193 Abkehr von Billig- und Kurzstreckenflügen, die auf die Schiene verlagert werden können. Außerdem
194 müssen die Anwohner*innen endlich vollumfänglich vor Fluglärm geschützt und das Nachtflugverbot muss
195 umgesetzt werden.

196 **Biodiversität bewahren, unsere Natur schützen:** Für den Schutz der Natur des Landes Brandenburg wenden
197 wir viel Kraft auf. Das Brandenburger Umweltministerium unter Axel Vogel hat hier viel Zählbares erreicht.
198 Um das professionelle Rückgrat der Schutzgebiete zu stärken, haben wir für mehr Personal in
199 Biosphärenreservaten wie Spreewald, Schorfheide-Chorin und Flusslandschaft Elbe Brandenburg gesorgt.
200 Auch für die elf Naturparke haben wir Nachwuchsstellen geschaffen. Für das Weltnaturerbe Buchenwald
201 Grumsin konnten wir ebenso zusätzliche Naturwachtstellen finanzieren. Den Naturpark Stechlin-Ruppiner
202 Land haben wir erweitert. Dem Naturpark Schlaubetal haben wir ein Besucherinformationszentrum
203 gefördert. An der Elbe haben wir mit 30 km Grünem Band an der ehemaligen innerdeutschen Grenze einen
204 Teil des größten deutschen Biotopverbundsystems mitschaffen können. Die Unterstützung der
205 Naturschutzverbände konnten wir etwas erhöhen, allerdings müssen bei der Verkürzung von
206 Planungszeiten und der
207 anstehenden Antragsflut für neue Energieanlagen und -leitungen auch die Möglichkeiten einer
208 sachgerechten Beteiligung dieser Verbände gesichert und materiell ausgebaut werden. Der Artenvielfalt
209 zuliebe wollen wir einen Aktionsplan Insektenschutz aufstellen und umsetzen. Wir arbeiten daran, im Sinne
210 der Biodiversitätsstrategie des Bundes unsere Wildnisflächen als ausreichend große, unzerschnittene und
211 nutzungsfreie Gebiete von einem auf zwei Prozent der Landesfläche auszuweiten.

212 **Dürren & Überschwemmungen: Klimaanpassung in Brandenburg:** Unser klares Ziel ist die Bekämpfung der
213 Klimakrise. Sie durch mutige und lohnenswerte Veränderungen in vielen Politikfeldern in einem
214 kontrollierbaren Rahmen zu halten, ist die entscheidende Herausforderung der kommenden Jahre. Dennoch
215 ist die Krise bereits vorangeschritten und wir müssen mit den Folgen bereits im Hier und Jetzt umgehen:
216 Wir erleben schon jetzt einen Anstieg der Erderhitzung und auch in Brandenburg spüren wir die konkreten
217 Auswirkungen, wie z.B. bei den jüngsten Überschwemmungen in der Uckermark oder bei sommerlichen
218 Waldbränden aufgrund von Hitze- und Dürreperioden. Um diesen Entwicklungen zu begegnen, werden wir
219 in Brandenburg eine ressortübergreifende Klimaanpassungsstrategie auf den Weg bringen. Erste Schritte
220 sind mit der Erstellung des Gesamtkonzeptes zur Klimaanpassung im Politikfeld Wasser und dem hierin
221 eingebetteten Niedrigwasserkonzept gemacht, Es geht nun auch darum, in einem breiten
222 gesellschaftlichen Diskurs konkrete Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, um den Wasserverbrauch
223 zu senken, den Wasserrückhalt in der Landschaft zu verbessern und die Grundwasserneubildung zu fördern.
224 Dafür wollen wir uns mit aller Kraft einsetzen, um auch künftigen Generationen eine stabile
225 Wasserversorgung zu gewährleisten. Wir unterstützen Kommunen bei Konzepten für die Bewältigung von
226 Starkregen-Ereignissen. Wir haben einen Hitzeaktionsplan aufgelegt, um Menschen vor extremer Hitze
227 besser schützen zu können. Außerdem hat das Landwirtschaftsministerium Projekte zu klimagerechter
228 Landnutzung und nachwachsenden Rohstoffen unter wissenschaftlicher Begleitung gestartet.

229 **Gewalt gegen Frauen bekämpfen:** Gewalt gegen Frauen sind genauso wie Femizide leider immer noch
230 Alltag. Wir müssen Frauen noch besser schützen und geschlechtsspezifischer Gewalt vorbeugen. Dazu
231 gehört eine auskömmliche Finanzierung und Stärkung der Frauenhäuser, ebenso wie Gewaltprävention
232 und Täter*innenarbeit. In den vergangenen 2,5 Jahren haben wir bereits erste Verbesserungen umgesetzt,
233 doch es sind noch weitere Schritte zu gehen, bis wir unser Ziel erreicht haben: Wir wollen die Istanbul

234 Konvention vollumfänglich umsetzen. Das packen wir jetzt an. Außerdem werden wir die wichtige Arbeit
235 der Brandenburger Frauenverbände sowie der queeren Initiativen und Träger weiterhin finanziell
236 absichern.

237 **Armut bekämpfen:** Die Corona Pandemie hat soziale Ungleichheit nochmals verschärft und bringt wie
238 durch ein Brennglas schonungslos die Schwächen unseren Sozialsystems zum Vorschein. Wir Bündnisgrüne
239 wollen Armut entschlossen bekämpfen. Dazu gehört auf Bundesebene die Verbesserung unserer
240 Sozialsysteme, allen voran die Überwindung von Hartz IV. In Brandenburg können wir kurzfristig die
241 Symptome bekämpfen und gezielt Menschen unterstützen, die in Armut leben oder akut von Armut
242 bedroht sind. Ein wichtiger Baustein stellt auch die Armutsprävention dar, um sicherzustellen, dass
243 Menschen gar nicht erst in Armut rutschen und auch gegen die Folgen von Schicksalsschlägen abgesichert
244 sind. Dabei geht es auch um die Verbesserung der Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, um den
245 Niedriglohnsektor zurückzudrängen und Tarifbindung zu erhöhen. Aufträge des Landes wollen wir über
246 eine Tariftreueklausel im Vergabegesetz nur noch an Unternehmen vergeben, die nach Tarif bezahlen.

247 **Familien stärken:** Die Corona Pandemie bürdet gerade Familien mit kleinen Kindern kaum schaffbare
248 Belastungen auf: Home Schooling neben Home office. Die Quarantäne mit kleinen Kindern in einer kleinen
249 Wohnung zu verbringen. Den Kindern erklären zu müssen, warum sie den Geburtstag nicht mit
250 Freund*innen feiern dürfen. All das hat Familien in den letzten zwei Jahren stark belastet. Hinzu kommt,
251 dass immer mehr Mütter und Väter mit Symptomen von Long-Covid zu kämpfen haben. Hier wollen wir
252 gezielt unterstützen, Familien stärken und eine Initiative zur Unterstützung bei Long-Covid für Familien
253 auflegen. Gemeinsam mit dem Bund wollen wir die Kindergrundsicherung umsetzen, denn die
254 Pandemiefolgen treffen gerade Familien mit Kindern auch finanziell. Um Familien finanziell weiter zu
255 entlasten, werden wir 2023 das vorletzte und 2024 das vorvorletzte Kitajahr beitragsfrei machen. Auch die
256 Arbeit der Familienberatungen und Familienzentren wollen wir weiter unterstützen.

257 **Bildung und Schulen stärken:** Auch unser Bildungssystem und unsere Schulen wurden in der Corona
258 Pandemie mit vielen Härten und Herausforderungen konfrontiert. Besonders für Kinder und Jugendliche
259 war die Zeit der Lockdowns nicht einfach. Gerade dann, wenn wichtige soziale Entwicklungsschritte nicht
260 gemacht werden konnten und der Kontakt zu Lehrer*innen und Klassenkamerad*innen verloren gegangen
261 ist. Soziale Ungleichheiten werden dadurch weiter verschärft. Das Programm des Bundes „Aufholen nach
262 Corona“ haben wir mit Landesmitteln noch einmal verdoppelt, um zwei Jahre lang 200 zusätzliche
263 Lehrkräfte und 54 Stellen Schulsozialarbeit finanzieren zu können. Dies ist ein guter erster Schritt. Um
264 unsere Schulen dauerhaft mit dem dringend benötigten Personal auszustatten, werden wir uns in der
265 zweiten Hälfte der Legislatur für multiprofessionelle Teams in Schulen einsetzen. Außerdem wird der
266 Ausbau von Schulen für gemeinsames Lernen einen Schwerpunkt unserer Bildungspolitik bilden, genauso
267 wie
268 die Umsetzung des „Startchancenprogramms“ des Bundes, mit dem z.B. in Barrierefreiheit investiert wird, .

269
270 **Digitalisierung - offen und gemeinwohlorientiert:** Mit öffentlichem Geld entwickelte Software soll nach
271 dem Prinzip „Public Money, Public Code!“ unter freien Lizenzen veröffentlicht werden. Die Nutzung und
272 Entwicklung von Open-Source-Software ist für uns daher wesentlicher Bestandteil erfolgreicher
273 Digitalisierung. Bereits heute bauen große Teile der digitalen Infrastruktur auf gemeinnütziger
274 Open-Source-Software auf, doch die Wartung und Weiterentwicklung lastet oftmals auf den Schultern
275 weniger ehrenamtlicher Entwickler*innen. Wir sehen den Staat hier in der Verantwortung, wichtige
276 genutzte Projekte sowohl finanziell als auch personell zu unterstützen um Funktionsweise und Sicherheit
277 öffentlicher digitaler Infrastruktur nachhaltig zu sichern.

278
279 **Digitale Verwaltung - modern und transparent:** Wir Bündnisgrüne setzen auf Offenheit und Transparenz.
280 Mit gut strukturierten offenen Daten nach dem Prinzip „open-by-default“ wollen wir den Datenschatz der
281 Verwaltung für die Gesellschaft nutzbar und Verwaltungsvorgänge transparenter machen. Dafür haben wir
282 mit dem Open-Data-Beschluss des Landtages bereits den Grundstein gelegt und werden bis Ende der
283 Legislaturperiode ein umfangreiches Open-Data-Gesetz vorlegen. Wir setzen uns außerdem für den

284 nachhaltigen Aufbau von Digitalkompetenz in öffentlicher Verwaltung eine digitalisierungsfreundliche
285 Organisationskultur ein, um die öffentliche Verwaltung zu einer attraktiven Arbeitgeberin für digital affine
286 Berufsgruppen und IT-Fachkräfte zu entwickeln.

287 **Brandenburg nach der Pandemie ausreichend finanzieren:** Es werden zusätzliche Mittel nötig sein, um zum
288 einen die Maßnahmen zu finanzieren, die für das Erreichen der Klimaschutzziele und für die nachhaltige
289 und soziale Modernisierung Brandenburgs erforderlich sind, und um zum anderen die wirtschaftliche
290 Erholung mit dem Abklingen der Corona-Pandemie abzusichern. Wir brauchen neben privaten auch mehr
291 öffentliche Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie in die Infrastruktur.
292 Wir werden dafür kämpfen, diese Mittel jetzt bereit zu stellen und wollen in den kommenden Haushalten
293 die Finanzierung zusätzlicher öffentlicher Investitionen im Rahmen der Schuldenbremse sichern.

V1 Rechtsextremist*innen das Einfallstor verschließen: keine Instrumentalisierung der Pandemie zulassen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 23.02.2022
Tagesordnungspunkt: 7. Anträge Verschiedenes

Antragstext

1 Seit zwei Jahren leben wir mit der COVID-19-Pandemie. Das verlangt uns allen im Alltag immens viel ab.
2 Wir haben in Brandenburg gemeinsam die Zeiten im Lockdown überstanden. Wir sind mit Pflegekräften,
3 Eltern und Verwaltungsmitarbeitenden an unsere Grenzen gekommen. Uns eint die Erschöpfung und der
4 Wunsch nach einem Ende der Pandemie. Dennoch steht die Mehrheit der Gesellschaft solidarisch
5 zusammen, auf der anderen Seite erleben wir eine massiver Zunahme radikaler, teils extremistischer
6 Meinungsäußerungen von einem kleinen Teil der Gesellschaft. Diese erreichen über Telegram und andere
7 soziale Netzwerke immer mehr Menschen in einem Umfeld, in dem weder kritisch hinterfragt noch
8 Widerspruch gegen antisemitische Verschwörungserzählungen geäußert wird.

9 Unangemeldete Versammlungen, bei denen konsequent gegen das Infektionsschutzgesetz und
10 versammlungsrechtliche Auflagen, Gesetze und Verordnungen verstoßen wird, richten sich nur vermeintlich
11 gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Den Initiator*innen geht es um etwas anderes. Sie
12 lehnen den Staat ab und heizen mit Widerstands-Rhetorik die Stimmung immer weiter an. Wer hier
13 mitläuft, unterstützt die größte rechtsextreme Mobilisierung seit Jahrzehnten.

14
15 Mit Sorge beobachten wir die spontan emotionalisierte Gewalt, an der sich beispielsweise beim Stürmen
16 einer Polizeikette auch Versammlungsteilnehmer*innen beteiligen, die sonst nicht einem gewaltbereiten
17 Spektrum zuzuordnen sind.

18 Unsere Solidarität gilt neben den direkt von der Pandemie betroffenen Menschen denen, die sich allein, in
19 lokalen Initiativen oder kommunalpolitisch für das solidarische Brandenburg engagieren, für das die große
20 Mehrheit unserer Gesellschaft steht. Sie gilt auch Journalist*innen und Wissenschaftler*innen, die immer
21 häufiger psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt sind, dennoch ihrer wichtigen Arbeit nachgehen
22 und damit eine unabhängige Berichterstattung bzw. Forschung ermöglichen.

23
24 Wer sich Verschwörungserzählungen und rechtsextremer Mobilisierung entschlossen entgegenstellt,
25 braucht Mut. Entsprechenden Gegenprotest unterstützen wir ausdrücklich.

Versammlungsfreiheit schützen

26
27 Der Schutz der im Grundgesetz garantierten Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist ein zentrales
28 Anliegen bündnisgrüner Politik. Es ist selbstverständlich, dass Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie
29 widersprochen und gegen diese demonstriert werden kann. Selbstverständlich ist aber auch, dass sich
30 Versammlungsteilnehmer*innen an geltendes Recht halten und dieses, wo das nicht der Fall ist, unter
31 Wahrung der Verhältnismäßigkeit durchgesetzt wird.

32 Eine Umdeutung und Verharmlosung rechtsextremer Proteste durch die Verwendung von Begriffen wie
33 "bürgerlich" oder "Spaziergang" lehnen wir ab, ebenso die Gleichsetzung friedlicher Proteste der
34 Anti-Atomkraft-Bewegung oder Klimaaktivist*innen mit Fackelmärschen an Privatadressen von
35 Politiker*innen. Insbesondere als ostdeutscher Landesverband ist es für uns inakzeptabel, die Diktatur in
36 der DDR mit der Politik der Bundes- und Landesregierung gleichzusetzen. Das gilt auch für Vergleiche, die

37 unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlungen billigen, leugnen oder
38 verharmlosen.

39 Eine nicht unerhebliche Anzahl der Menschen im rechtsextremen und verschwörungserzählerischen
40 Spektrum ist für uns nicht mehr erreichbar. Den Dialog mit den teilweise gewaltbereiten Initiator*innen
41 entsprechender Proteste schließen wir aus.

42 Dialogbereit bleiben wir gegenüber den Teilnehmer*innen, die eine Grenze ziehen, wo wiederholt gegen
43 Auflagen verstoßen und die freiheitliche demokratische Grundordnung abgelehnt wird. Zweck eines
44 solchen Dialoges muss es sein, auf Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte und unter Anerkennung
45 wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse über Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu
46 streiten. Er darf niemals Teil der Proteste sein und nicht genutzt werden, um Verschwörungserzählungen zu
47 verbreiten.

48
49 Um einen besseren Überblick über im Zusammenhang mit Verschwörungserzählungen stehendes
50 Versammlungsgeschehen zu erhalten, fordern wir ein landesweites Monitoring rechtsextremer
51 Mobilisierung.

52 **Demokratische Resilienz stärken**

53 Wir wollen die demokratische Resilienz unserer Gesellschaft stärken, um sie nachhaltig vor rechtsextremen
54 Bedrohungen zu schützen. Dafür schaffen wir eine Kultur, in der die Verfassungstreue ihrer Mitglieder und
55 Institutionen nicht nur formell anerkannt, sondern gelebt wird.

56 Wir wollen einen niedrighschwelligigen, selbstbestimmten Zugang zu politischer Bildung. Dabei sollen
57 demokratische Kompetenzen vermittelt werden, die über eine reine Institutionenkunde hinausgehen.
58 Darüber hinaus wollen wir Beratungsangebote gegen Gewalt, Rechtsextremismus und
59 Fremdenfeindlichkeit einschließlich der Opferberatung stärken.

60 Wir wollen bürgerliches und demokratisches Engagement nachhaltig fördern und damit dauerhafte und
61 verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Das Land Brandenburg soll sich im Bundesrat dafür einsetzen,
62 zivilgesellschaftliches Engagement als gemeinnützig anzuerkennen.

63 Die Landesregierung fordern wir auf, ein Landesgesetz zur Demokratieförderung vorzulegen. Ein solches
64 Gesetz soll neben der Stärkung von Ehrenamt und Zivilgesellschaft auch kommunalpolitisches
65 Engagement unter anderem durch einen Rechtsschutz fördern, der ehrenamtlichen Politiker*innen eine
66 effektive Verteidigung gegen Hass, Hetze und Verleumdungen ermöglicht.

Beschluss

Rechtsextremist*innen das Einfallstor verschließen: keine Instrumentalisierung der Pandemie zulassen

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 26.03.2022

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge Verschiedenes

Antragstext

1 Seit zwei Jahren leben wir mit der COVID-19-Pandemie. Das verlangt uns allen im Alltag immens viel ab.
2 Wir haben in Brandenburg gemeinsam die Zeiten im Lockdown überstanden. Wir sind mit Pflegekräften,
3 Eltern und Verwaltungsmitarbeitenden an unsere Grenzen gekommen. Uns eint die Erschöpfung und der
4 Wunsch nach einem Ende der Pandemie. Dennoch steht die Mehrheit der Gesellschaft solidarisch
5 zusammen, auf der anderen Seite erleben wir eine massiver Zunahme radikaler, teils extremistischer
6 Meinungsäußerungen von einem kleinen Teil der Gesellschaft. Diese erreichen über Telegram und andere
7 soziale Netzwerke immer mehr Menschen in einem Umfeld, in dem weder kritisch hinterfragt noch
8 Widerspruch gegen antisemitische Verschwörungserzählungen geäußert wird.

9 Unangemeldete Versammlungen, bei denen konsequent gegen das Infektionsschutzgesetz und
10 versammlungsrechtliche Auflagen, Gesetze und Verordnungen verstoßen wird, richten sich nur vermeintlich
11 gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Den Initiator*innen geht es um etwas anderes. Zum
12 Teil sind es die gleichen Akteure, welche seit Jahren asylfeindliche Demonstrationen organisieren oder an
13 diesen teilnehmen. Sie lehnen den demokratischen Staat ab und heizen mit Widerstands-Rhetorik die
14 Stimmung immer weiter an. Wer hier mitläuft, unterstützt die größte rechtsextreme Mobilisierung seit
15 Jahrzehnten.

16
17 Mit Sorge beobachten wir die spontan emotionalisierte Gewalt, an der sich beispielsweise beim Stürmen
18 einer Polizeikette auch Versammlungsteilnehmer*innen beteiligen, die sonst nicht einem gewaltbereiten
19 Spektrum zuzuordnen sind. Unser ausdrücklicher Dank gilt den Polizist*innen, die über viele Wochen
20 hinweg unter erheblichen persönlichen Belastungen diese Versammlungen begleitet haben.

21 Unsere Solidarität gilt neben den direkt von der Pandemie betroffenen Menschen denen, die sich allein, in
22 lokalen Initiativen oder kommunalpolitisch für das solidarische Brandenburg engagieren, für das die große
23 Mehrheit unserer Gesellschaft steht. Sie gilt auch Journalist*innen und Wissenschaftler*innen, die immer
24 häufiger psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt sind, dennoch ihrer wichtigen Arbeit nachgehen
25 und damit eine unabhängige Berichterstattung bzw. Forschung ermöglichen.

26
27 Wer sich Verschwörungserzählungen und rechtsextremer Mobilisierung entschlossen entgegenstellt,
28 braucht Mut. Entsprechenden Gegenprotest unterstützen wir ausdrücklich und helfen den Betroffenen von
29 rechter Gewalt.

30 **Versammlungsfreiheit schützen**

31 Der Schutz der im Grundgesetz garantierten Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist ein zentrales
32 Anliegen bündnisgrüner Politik. Es ist selbstverständlich, dass Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie
33 widersprochen und gegen diese demonstriert werden kann. Selbstverständlich ist aber auch, dass sich
34 Versammlungsteilnehmer*innen an geltendes Recht halten und dieses, wo das nicht der Fall ist, unter
35 Wahrung der Verhältnismäßigkeit durchgesetzt wird.

36 Eine Umdeutung und Verharmlosung rechtsextremer Proteste durch die Verwendung von Begriffen wie
37 "bürgerlich" oder "Spaziergang" lehnen wir ab, ebenso die Gleichsetzung friedlicher Proteste der

38 Anti-Atomkraft-Bewegung oder Klimaaktivist*innen mit Fackelmärschen an Privatadressen von
39 Politiker*innen. Insbesondere als ostdeutscher Landesverband ist es für uns inakzeptabel, die Diktatur in
40 der DDR zu verharmlosen und mit der Politik der Bundes- und Landesregierung gleichzusetzen. Das gilt
41 auch für Vergleiche, die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlungen leugnen
42 oder verharmlosen.

43 Eine nicht unerhebliche Anzahl der Menschen im rechtsextremen und verschwörungserzählerischen
44 Spektrum ist für uns nicht mehr erreichbar. Den Dialog mit den teilweise gewaltbereiten Initiator*innen
45 entsprechender Proteste schließen wir aus.

46 Dialogbereit bleiben wir gegenüber den Teilnehmer*innen, die eine Grenze ziehen, wo wiederholt gegen
47 Auflagen verstoßen und die freiheitliche demokratische Grundordnung abgelehnt wird. Zweck eines
48 solchen Dialoges muss es sein, auf Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte und unter Anerkennung
49 wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse über Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu
50 streiten. Er darf niemals Teil der Proteste sein und nicht genutzt werden, um Verschwörungserzählungen zu
51 verbreiten.

52
53 Um einen besseren Überblick über im Zusammenhang mit Verschwörungserzählungen stehendes
54 Versammlungsgeschehen zu erhalten, fordern wir ein landesweites Monitoring rechtsextremer
55 Mobilisierung.

56 **Demokratische Resilienz stärken**

57 Wir wollen und müssen die demokratische Resilienz unserer Gesellschaft stärken, um sie nachhaltig vor
58 rechtsextremen Bedrohungen zu schützen. Dafür schaffen wir eine Kultur und Umwelt, in der die
59 Verfassungstreue ihrer Mitglieder und Institutionen nicht nur formell anerkannt, sondern gelebt wird.

60 Wir wollen einen niedrigschwelligen, selbstbestimmten Zugang zu politischer Bildung. Dabei sollen
61 demokratische Kompetenzen vermittelt werden, die über eine reine Institutionenkunde hinausgehen.
62 Darüber hinaus wollen wir Beratungsangebote gegen Gewalt, Rechtsextremismus und
63 Fremdenfeindlichkeit einschließlich der Opferberatung stärken und verstetigen. Projekt-finanzierte
64 Angebote dürfen nur die Ausnahme und nicht die Regel sein.

65 Wir wollen zivilgesellschaftliches und demokratisches Engagement nachhaltig fördern und damit
66 dauerhafte und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Das Land Brandenburg soll sich im Bundesrat
67 dafür einsetzen, zivilgesellschaftliches Engagement als gemeinnützig anzuerkennen.

68 Die Landesregierung fordern wir auf, ein Landesgesetz zur Demokratieförderung vorzulegen. Ein solches
69 Gesetz soll neben der Stärkung von Ehrenamt und Zivilgesellschaft auch kommunalpolitisches
70 Engagement unter anderem durch einen Rechtsschutz fördern, der ehrenamtlichen Politiker*innen eine
71 effektive Verteidigung gegen Hass, Hetze und Verleumdungen ermöglicht.

V2 Brandenburg 2030: Mit 100% erneuerbare Energien zu wirtschaftlicher Stärke, lebenswerter Umwelt und stabilen Preisen

Gremium: Landesvorstand und LAG Energie
Beschlussdatum: 25.02.2022
Tagesordnungspunkt: 7. Anträge Verschiedenes

Antragstext

1 Es ist deutlich wie nie, wir müssen unsere Energiepolitik klar und konsequent neu ausrichten: komplett
2 raus aus der Abhängigkeit der immer teurer und unzuverlässiger werdenden fossilen Energieträger. Wir
3 Brandenburger*innen finanzieren mit unserer fossilen Energierechnung nicht nur die Klimaschäden mit,
4 von denen wir in Brandenburg durch ausgetrocknete Böden und Flüsse, Überschwemmungen sowie
5 Stürme besonders hart getroffen sind. Wir versetzen dadurch auch autokratische Lieferländer wie Russland
6 finanziell in die Lage schreckliche Angriffskriege zu führen. Stattdessen müssen wir rein in eine 100%
7 Versorgung durch erneuerbare Energien, denn sie sind a) klimafreundlich, sie werden b) immer billiger, c)
8 sie stehen überall bei uns vor Ort zur Verfügung und d) schaffen regional zukunftsfeste
9 Wertschöpfungsketten.

10 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg ist klar, dass wir 2035 in Brandenburg klimaneutral sein
11 müssen. Das ist auch nur folgerichtig, denn die Ausgangslage hat sich in den letzten Jahren dramatisch
12 verändert. Wir haben global nicht mehr bis 2050 Zeit die Temperatur auf 1,5 Grad zu begrenzen, um die
13 Klimakatastrophe abzuwenden, die Vegetationszonen deutlich verschiebt, Menschen zur Flucht zwingt und
14 eine steigende Anzahl von Regionen durch Trockenheit, Überschwemmungen oder starken
15 Temperaturschwankungen unbewohnbar macht. Der 6. Weltklimabericht hat im Sommer 2021 deutlich
16 gemacht, dass nach aktuellem Pfad der Treibhausgasemissionen, die 1,5 Grad Grenze bereits in den frühen
17 2030er Jahren überschritten wird. Wenn wir zusätzlich das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum
18 Klimaschutz von 2021 ernst nehmen und das Bekenntnis unserer Landesregierung zu den Pariser
19 Klimazielen (Koalitionsvertrag 2019), dann müssen wir uns in Brandenburg der Verantwortung stellen und
20 unsere Energieversorgung
21 bis 2030 auf 100% erneuerbare Energien umstellen.

Unser Brandenburg von den fossilen Fesseln lösen

22 Trotz aller Fortschritte beim Ausbau der erneuerbaren Energien sind wir noch stark abhängig von der
23 Nutzung fossiler Energieressourcen[1] und auch in Brandenburg noch nicht auf dem Pfad zu 100%
24 erneuerbaren Energien in 2030. Das wollen wir ändern und die Gründe dafür liegen auf der Hand:
25

- 26 • **Abhängigkeiten von fossilen Energiequellen machen uns wirtschaftlich und politisch angreifbar:** Die
27 Abhängigkeit von ausländischen fossilen Gasquellen (knapp 90%, davon 55% aus Russland) und
28 Erdöllieferungen (98%, davon 35% aus Russland) setzt uns nicht nur hohen Preisschwankungen mit
29 steigenden Bezugskosten aus, sondern ist auch unsicher und führt politisch bedingt – wie der
30 aktuelle Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt – zu großen Versorgungsunsicherheiten. So
31 ist der Füllgrad unserer Gasspeicher aktuell auf einem historischen Tiefstand. Unsere
32 Mitbürger*innen und Unternehmen machen ihre Energieversorgung dadurch hochgradig abhängig
33 von politisch instabilen Situationen und müssen gleichzeitig ihr regional erwirtschaftetes
34 Einkommen für Energieimporte an autokratische Regime transferieren.

- 35 • **Auch klimabedingt können fossile Energien nur noch teurer werden:** Die steigenden CO₂-Preise
36 verlagern die immer weiter steigenden Folgekosten fossiler Energien von der Zukunft in die
37 Gegenwart. Das ist auch richtig so, denn die Kosten, die vor allem die Allgemeinheit aktuell durch die
38 immer größeren Klimaschäden trägt, müssen wir heute über eine CO₂-Bepreisung direkt zahlen.
39 Dadurch wird fossile Energie deutlich teurer, was Verbraucher*innen direkt im Geldbeutel spüren.
40 Dies trifft insbesondere Menschen mit geringem Einkommen oder in Grundsicherung. Wer weiterhin
41 auf Kohlestrom und andere fossile Energiequellen setzt, verstärkt soziale Ungleichheit. Im Gegensatz
42 dazu wirkt der Ausbau erneuerbarer Energien preissenkend und der Strom ist im Vergleich zu
43 fossilem Strom günstiger. Dieser Vorteil muss auch bei den Verbraucher*innen ankommen.
- 44 • **Der vorgezogene Kohleausstieg 2030 kommt:** Braun- und Steinkohle müssen im Boden bleiben. Die
45 neue Bundesregierung hat mit unserer maßgeblichen Beteiligung im Koalitionsvertrag den
46 Beschluss gefasst, den Kohleausstieg von 2038 auf „idealerweise“ 2030 vorzuziehen. Das kann uns
47 nur gelingen, wenn wir bereits heute anfangen, uns von der Abhängigkeit der Kohlenutzung so
48 schnell es geht zu lösen.
- 49 • **Nutzung von fossiler Energie führt zu erheblichen Umweltschäden:** Nicht hinreichend werden auch die
50 Umweltschäden berücksichtigt, die wir entlang von globalen Lieferketten fossiler Brenn- und
51 Kraftstoffe produzieren. Gigantische Ölteppiche verschmutzen aktuell wieder viele Küstenabschnitte
52 in Peru und Thailand, tausende Vögel und Fische verenden und Fischereibetriebe fürchten ihre
53 Lebensgrundlage zu verlieren. Jüngst ist – weitestgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit – aus
54 einer Ölpipeline in Ecuador fast doppelt so viel Erdöl in ein Naturschutzgebiet des Amazonas
55 geflossen wie nach dem Exxon Valdez Tankerunglück 1989 in Alaska. Auch beim Erdgas wird die
56 Klimaschädlichkeit im Vergleich zu sonstigen fossilen Energien unterschätzt. Von der Gasförderung
57 über den Gastransport hin zu den Gaskraftwerken gibt es signifikante Leckagen von Methan, die
58 häufig nicht in die Klimabilanz von Gas mit einfließen. Dies ist umso besorgniserregender, wenn man
59 betrachtet, dass Methan in den ersten
60 20 Jahren je Tonne über 80-mal und auch nach 100 Jahren immer noch 28-mal klimaschädlicher als
61 eine Tonne CO₂ ist. Das Zeitalter von Erdgas muss nicht nur aus geopolitischen, sondern auch aus
62 einer Umweltperspektive schnell enden.

63 **Brandenburg an die Spitze beim Ausbau der Erneuerbaren Energien setzen**

64 Um uns von den Fesseln einer fossilen Energieversorgung zu lösen, müssen wir den bereits begonnen Weg
65 zum Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich schneller gehen. Wir streben nicht 2050, nicht 2040,
66 sondern 2030 eine Vollversorgung durch erneuerbare Energien in allen Sektoren (Strom, Industrie,
67 Gebäude, Verkehr) an. Nur so können wir zusätzlich zu weiteren notwendigen Maßnahmen in der Land-,
68 Forst- und Abfallwirtschaft das Klimaneutralitätsziel 2035 erreichen.

- 69 • **100% erneuerbare Energie in Brandenburg bis 2030 ist möglich:** Es gibt mehr und mehr
70 Beispielregionen, die sich schon heute mit bilanziell 100% erneuerbaren Energien versorgen und
71 zahlreiche Studien, die wissenschaftlich eine Vollversorgung aus erneuerbaren Energien darstellen.
72 So auch für die Region Berlin-Brandenburg. Zuletzt hat die Energy-Watch-Group ein 100% Szenario
73 erneuerbare Energien für 2030 berechnet[2], aber auch die LAG Energie hat bereits 2020 ein Szenario
74 für Berlin-Brandenburg erstellt[3]. Diese Szenarien zeigen, dass nicht nur eine 100% Versorgung
75 durch erneuerbare Energien in Brandenburg, sondern auch ein substanzieller Export von
76 erneuerbaren Energien nach Berlin machbar ist.
- 77 • **Viel ungenutztes Potential in Brandenburg beim Ausbau der Erneuerbaren:** Zur Ablösung der fossilen
78 Energiekapazitäten gibt es große Potentiale in Brandenburg, die wir zur Vollversorgung durch
79 erneuerbare Energien noch nicht ausgeschöpft haben. Viele unserer Dächer und viele anderweitig
80 nicht genutzte Flächen können zur Nutzung der Solarenergie herangezogen werden, ausreichend
81 weitere Flächen können für die Windenergie erschlossen werden, aber auch die Bioenergie und
82 Geothermie können noch wichtige Beiträge für eine 100% Versorgung leisten[4].

- 83 • **Nationale Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen eingehalten werden:** Brandenburgs
84 bilanzielle Vollversorgung durch erneuerbare Energien sind auch ein wichtiger Beitrag für die im
85 Koalitionsvertrag auf Bundesebene verabredeten nationalen Erneuerbare-Energien- und
86 Flächen-Nutzungs-Ziele. Wir in Brandenburg stehen zum bundesweiten Ziel 2% der Landesfläche für
87 die Windenergie nutzbar zu machen und erwarten dies auch von allen anderen Bundesländern. Als
88 Flächenland wollen wir mehr als 2% unserer Landesfläche für den Ausbau der Windenergie und
89 weitere Flächen für PV-Anlagen zur Verfügung stellen, um den notwendigen Bedarf zu sichern.
- 90 • **Update für Netz- und Speichersystem, um Versorgungssicherheit zu garantieren:** Die Erzeugung von
91 erneuerbaren Energien allein wird nicht ausreichen. Dargebotsabhängige Energieerzeugung aus
92 Wind und Solar fluktuieren zu einem gewissen Grad. Als Puffer können sie durch steuerbare
93 erneuerbare Energien (wie Biomasse und Geothermie), Speicher und durch eine angepasste
94 Netzstruktur ausgeglichen werden. Unser Netz- und Speichersystem braucht daher ein Update, um
95 einen kontinuierlich steigenden Anteil an fluktuierenden erneuerbaren Energien in das System zu
96 integrieren und regelbare Leistung anzubieten.[5] Der Aufbau von Elektrolyseleistung zur Produktion
97 grünen Wasserstoffs, Brennstoffzellen und mit grünem Wasserstoff betriebenen Gas- und
98 Dampfturbinenkraftwerke sowie Batteriespeicher spielen dabei eine Schlüsselrolle. Auch die
99 Nutzung von mobilen Speichern, z.B. die Akkus von Elektroautos, muss zur Stabilisierung der Netze
100 und der regionalen Energieversorgungssicherheit ermöglicht
101 werden (bidirektionale Speicherung).
- 102 • **Flauten ausgleichen und Vorteile des europäischen Stromnetzes nutzen:** Brandenburg wird auch
103 weiterhin Teil des deutschen und europäischen Netzsystems bleiben. Überproduktion an
104 erneuerbaren Energien können wir dadurch exportieren und punktuelle Unterproduktionen – wie
105 heute schon – können aus anderen Regionen ausgeglichen werden. Die Energieverbräuche und die
106 Verfügbarkeit aus fluktuierenden erneuerbaren Energien gleichen sich geographisch sehr gut aus.
107 Zusätzlich stehen nahezu ganzjährig über das Netz Offshore-Wind aus der Ost- und Nordsee sowie
108 stetige Wasserkraft aus anderen Regionen zur Verfügung.
- 109 • **Vielfalt der Technologien nutzen für erneuerbare Wärme:** Die benötigte Wärme[6] aus erneuerbaren
110 Energien kann in Brandenburg wie in anderen Regionen Deutschlands zum Großteil aus
111 Wärmepumpen, aber auch durch direkte Nutzung von Strom über Heizstäbe, der Bioenergie,
112 Geothermie, industrielle Abwärme und durch Kraft-Wärmekopplungs-Anlagen über Fernwärmenetze
113 abgedeckt werden. Insbesondere Blockheizkraftwerke für nachhaltige Bioenergie, angeschlossen an
114 Nahwärmesysteme, können einen wichtigen Beitrag für Zeiten mit wenig Wind und Sonne liefern und
115 helfen die Kosten für Energiespeicher zu senken. Ein Großteil der Wärme ist ohnehin
116 Niedertemperaturwärme zum Heizen und zur Warmwasserbereitstellung, bei denen bereits heute
117 verfügbare Technologien wie Solarthermie, Wärmepumpen oder die Nutzung von Abwärme leicht
118 zum Einsatz kommen können. Die Wärmeversorgung in Städten und Gemeinden kann dabei auch
119 über Niedertemperatur-Wärmenetze erfolgen.

120 Aufbruch erneuerbare Energien in Brandenburg

121 Der Entwurf der Energiestrategie 2040 des Brandenburger Wirtschafts- und Energieministeriums bleibt vor
122 diesem Hintergrund deutlich hinter dem Notwendigen zurück.

123 Wir fordern deshalb den Entwurf der Energiestrategie grundsätzlich zu überarbeiten und dabei

- 124 • **die bald vorliegenden Sektorziele des Brandenburger Klimaplans** als Grundlage zu nehmen und die
125 neuen Vorgaben und Möglichkeiten der Bundesebene einzuarbeiten. Im Ergebnis muss die
126 Energiestrategie die klimapolitischen Notwendigkeiten anerkennen. Wenn im Koalitionsvertrag auf
127 Bundesebene der Kohleausstieg für 2030 angestrebt wird, wirkt der Entwurf für einen Kohleausstieg
128 für 2038 deutlich aus der Zeit gefallen.

- 129 • **die Ausbauziele für Windkraft deutlich zu erhöhen.** Das Zwischenausbauziel für die Windkraft von
130 10,5 GW installierter Leistung bis 2030 ist aus der alten, längst überholten Energiestrategie
131 übernommen. Für den Ausbau der Windkraft ist die Flächenverfügbarkeit von entscheidender
132 Bedeutung. Hier erwarten wir noch vor der Sommerpause klare bundesgesetzliche Vorgaben von der
133 Bundesregierung. Diese müssen dann umgehend in die Regionalplanung umgesetzt werden.
- 134 • **insbesondere die Ausbauziele für die Photovoltaik deutlich zu erhöhen.** Diese sind deutlich zu
135 niedrig, gerade auch vor dem Hintergrund der entsprechenden Potenzialanalyse, die das Wirtschafts-
136 und Energieministerium selbst vorgelegt hat. Der Ausbaupfad im Entwurf der Energiestrategie
137 verlagert die größten Steigerungen zu weit in die Zukunft. Notwendig ist es, jetzt die großen Schritte
138 zu machen. Außerdem fehlt ein landespolitischer Ansatz, wie das Potenzial auf Dachflächen und
139 Konversionsflächen verstärkt für den PV-Ausbau genutzt werden kann.
- 140 • **das Thema Repowering stärker zu beleuchten.** Bestehende Windparks wurden in der Vergangenheit
141 genehmigt und die notwendige Infrastruktur ist bereits vorhanden. Die Möglichkeit aus der
142 EEG-Förderung fallende Windparks zu repowern, bietet damit ein relativ einfach zu hebendes
143 Potenzial. Hemmnisse für das Repowering müssen abgebaut werden.
- 144 • **auch die fossilen Energieträger zu beleuchten.** Der vorliegende Entwurf widmet sich ausführlich den
145 erneuerbaren Energien, nicht jedoch dem nötigen Ausstiegspfad für Kohle, Öl und Erdgas. Er lässt
146 völlig offen, welche Energieträger für den nicht erneuerbaren Anteil genutzt werden sollen. Die
147 fossilen Energieträger unterscheiden sich aber deutlich durch Verfügbarkeit, direkte Umweltschäden
148 in Brandenburg, CO₂-Intensität und damit letztlich auch der Betroffenheit durch dessen Besteuerung
149 usw. Für die fossilen Energieträger sollten ambitionierte Ausstiegsziele formuliert werden.
- 150 • **den Energiebedarf nachvollziehbarer herleiten.** Die Annahme des sinkenden Endenergieverbrauchs
151 ist im Entwurf nicht untermauert. Auch gilt es zu thematisieren, wie durch Einsparung und
152 Effizienzsteigerung der Bedarf gesenkt werden kann. Schließlich wird der Energiebedarf Berlins
153 bisher komplett ignoriert.
- 154 • **den Wärmebereich stärker zu beleuchten.** Die Notwendigkeiten im Wärmebereich, insbesondere im
155 Bereich Wohnen und Gebäude, werden im Entwurf unzureichend adressiert.
- 156 • **die erforderlichen Fachkräfte zu benennen.** Die beschleunigte Energiewende benötigt Menschen, die
157 sie umsetzen. Dazu zählen sowohl Menschen in den Genehmigungsbehörden wie dem Landesamt für
158 Umwelt (LfU), als auch Fachkräfte in der Energiewirtschaft und das Handwerk. Hier drohen Engpässe,
159 die das Ministerium, welches nicht nur für Wirtschaft und Energie, sondern auch für Arbeit zuständig
160 ist, ebenfalls adressieren muss.

161 Brandenburg soll eine Klimakampagne starten, um die Bürger*innen auf dem Weg zu 100% erneuerbaren
162 Energien mitzunehmen. Sie sollen motiviert werden, in erneuerbare Energien zu investieren, um die Ziele
163 der Klimaneutralität gemeinsam zu erreichen.

164 Um eine Energieversorgung aus 100 % Erneuerbaren bis 2030 erreichen zu können, muss folgerichtig die
165 Energiestrategie auf 2030 ausgerichtet werden. Diese muss den schnellen Ausbau der erneuerbaren, aber
166 auch den Ausstieg aus den fossilen Energien adressieren.

167 Um die hohen Klimafolgekosten und steigende Energiepreise abzuwenden, braucht es jetzt eine
168 ambitionierte Politik in allen Bereichen. Während sich alle anderen Parteien in Brandenburg vor dieser
169 großen Aufgabe scheuen, wollen wir Bündnisgrüne mit der Unabhängigkeit von fossilen Energien neue
170 Chancen verwirklichen. Mit 100% erneuerbaren Energien bis 2030 sichern wir eine freie, umweltgerechte,
171 sozial gerechte und wirtschaftliche Entwicklung für Brandenburg.

172 [1] Laut zuletzt verfügbaren Zahlen des statistischen Landesamtes (2017) bestand der brandenburgische
173 Primärenergieverbrauch aus fossilen Gasen (12%), Mineralöl (27%), Braun- (38%) und Steinkohle (4%).

174 Dahingehend machte der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergiebereich nur 17% aus. Diese
175 Zahlen werden sich aufgrund des weiteren Zubaus von Wind- und Solaranlagen in den letzten Jahren
176 zugunsten der erneuerbaren Energien verbessert haben, aber der hohe Abhängigkeitsgrad von fossilen
177 Energien hat sich dadurch nicht wesentlich verbessert;

178 <https://www.energywatchgroup.org/wp-content/uploads/DE-Studie-Berlin-Brandenburg.pdf> EWG, 2021

179 [2] Die zuletzt für 2017 offiziell bestätigten Zahlen des Landesamts für Statistik weisen auf, dass wir in
180 Brandenburg 98,6 TWh Endenergie verbrauchen. Über die effizientere Nutzung von Energie im Gebäude-,
181 Mobilitäts- und Industriebereich können wir den Verbrauch bis 2030 auf rund 82 TWh senken (Strom, inkl.
182 Elektrifizierung des Verkehrs ca. 42 TWh & Wärme 40 TWh). Laut offizieller Statistik haben wir 2017 bereits
183 32TWh aus heimischen erneuerbaren Energien erzeugt. Die verbleibenden 50 TWh können wir bis 2030
184 aus erneuerbaren Energien decken und darüber hinaus einen erheblichen Teil zur Versorgung Berlins rein
185 aus erneuerbaren Energien beitragen, EWG 2021

186 [3][https://www.ernes.de/seite/451054/projekte-b90grüne-\(nichtöffentlich\)-](https://www.ernes.de/seite/451054/projekte-b90grüne-(nichtöffentlich)-Ophhz7xb.html#BerlinBrandenburg)
187 [Ophhz7xb.html#BerlinBrandenburg](https://www.ernes.de/seite/451054/projekte-b90grüne-(nichtöffentlich)-Ophhz7xb.html#BerlinBrandenburg)

188 [4] Dächer ca. 15 GW, Flächen ca. 30 GW. Die Windenergie nutzen wir in Brandenburg mit rund 9 GW
189 installierter Kapazität bereits sehr gut und müssten sie nur um weitere 3 GW erweitern. Weniger große
190 Potentiale haben die Bio- und Geothermie, aber in Summe ist die Nutzung der festen und gasförmigen
191 Bioenergie in Heizkraftwerken oder Blockheizkraftwerken mit rund 1,4 GW und die Nutzung der
192 Geothermie von rund 0,5 GW auch für Ausgleichsenergie erforderlich, EWG 2021

193 [5] in Höhe von rund 9 GW, EWG 2021

194 [6] rund 40 TWh, EWG 2021

Beschluss

Brandenburg 2030: Mit 100% erneuerbare Energien zu wirtschaftlicher Stärke, lebenswerter Umwelt und stabilen Preisen

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 26.03.2022

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge Verschiedenes

Antragstext

1 Es ist deutlich wie nie, wir müssen unsere Energiepolitik klar und konsequent neu ausrichten: komplett
2 raus aus der Abhängigkeit der immer teurer und unzuverlässiger werdenden fossilen Energieträger. Mit
3 unserer fossilen Energierechnung finanzieren wir die Klimaschäden, die auch uns in Brandenburg hart
4 treffen. Wir versetzen dadurch auch autokratische Lieferländer wie Russland finanziell in die Lage
5 schreckliche Angriffskriege zu führen. Stattdessen müssen wir rein in eine 100% Versorgung durch
6 erneuerbare Energien, denn sie sind a) klimafreundlich, sie werden b) immer günstiger, c) sie stehen überall
7 bei uns vor Ort zur Verfügung und d) schaffen regional zukunftsfeste Wertschöpfungsketten.

8 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg ist klar, dass wir in Brandenburg spätestens 2035 klimaneutral
9 sein müssen. Das ist auch nur folgerichtig, denn die Ausgangslage hat sich in den letzten Jahren
10 dramatisch verändert. Wir haben global nicht mehr bis 2050 Zeit die Temperatur auf 1,5 Grad zu begrenzen,
11 um die Klimakatastrophe abzuwenden, die Vegetationszonen deutlich verschiebt, Menschen zur Flucht
12 zwingt und eine steigende Anzahl von Regionen durch Trockenheit, Überschwemmungen oder starken
13 Temperaturschwankungen unbewohnbar macht. Der 6. Weltklimabericht hat im Sommer 2021 deutlich
14 gemacht, dass nach aktuellem Pfad der Treibhausgasemissionen, die 1,5 Grad Grenze bereits in den frühen
15 2030er Jahren überschritten wird. Wenn wir zusätzlich das Bundesverfassungsurteil zum
16 Klimaschutz von 2021 ernst nehmen und das Bekenntnis unserer Landesregierung zu den Pariser
17 Klimazielen (Koalitionsvertrag 2019), dann müssen wir uns in Brandenburg der Verantwortung stellen und
18 unsere
19 Energieversorgung bis 2030 auf 100% erneuerbare Energien umstellen.

Unser Brandenburg von den fossilen Fesseln lösen

21 Trotz aller Fortschritte beim Ausbau der erneuerbaren Energien sind wir noch stark abhängig von der
22 Nutzung fossiler Energieressourcen[1] und auch in Brandenburg noch nicht auf dem Pfad zu 100%
23 erneuerbaren Energien in 2030. Das wollen wir ändern und die Gründe dafür liegen auf der Hand:

- 24 • **Abhängigkeiten von fossilen Energiequellen machen uns wirtschaftlich und politisch angreifbar:** Die
25 Abhängigkeit von ausländischen fossilen Gasquellen (knapp 90%, davon 55% aus Russland) und
26 Erdöllieferungen (98%, davon 35% aus Russland) setzt uns nicht nur hohen Preisschwankungen mit
27 steigenden Bezugskosten aus, sondern ist auch unsicher und führt politisch bedingt – wie der
28 aktuelle Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt – zu großen Versorgungsunsicherheiten. So
29 ist der Füllgrad unserer Gasspeicher aktuell auf einem historischen Tiefstand. Unsere
30 Mitbürger*innen und Unternehmen machen ihre Energieversorgung dadurch hochgradig abhängig
31 von politisch instabilen Situationen und müssen gleichzeitig ihr regional erwirtschaftetes
32 Einkommen für Energieimporte an autokratische Regime transferieren.

- 33 • **Auch klimabedingt können fossile Energien nur noch teurer werden:** Die steigenden CO₂-Preise
34 verlagern die immer weiter steigenden Folgekosten fossiler Energien von der Zukunft in die
35 Gegenwart. Das ist auch richtig so, denn die Kosten, die vor allem die Allgemeinheit aktuell durch die
36 immer größeren Klimaschäden trägt, müssen wir heute über eine CO₂-Bepreisung direkt zahlen.
37 Dadurch wird fossile Energie deutlich teurer, was Verbraucher*innen direkt im Geldbeutel spüren.
38 Dies trifft insbesondere Menschen mit geringem Einkommen oder in Grundsicherung. Wer weiterhin
39 auf Kohlestrom und andere fossile Energiequellen setzt, verstärkt soziale Ungleichheit. Im Gegensatz
40 dazu wirkt der Ausbau erneuerbarer Energien preissenkend und der Strom ist im Vergleich zu
41 fossilem Strom günstiger. Dieser Vorteil muss auch bei den Verbraucher*innen zeitnah ankommen.

- 42 • **Der vorgezogene Kohleausstieg 2030 kommt:** Braun- und Steinkohle müssen im Boden bleiben. Die
43 neue Bundesregierung hat mit unserer maßgeblichen Beteiligung im Koalitionsvertrag den
44 Beschluss gefasst, den Kohleausstieg von 2038 auf „idealerweise“ 2030 vorzuziehen. Das kann uns
45 nur gelingen, wenn wir bereits heute anfangen, uns von der Abhängigkeit der Kohlenutzung so
46 schnell es geht zu lösen.

- 47 • **Nutzung von fossiler Energie führt zu erheblichen Umweltschäden:** Nicht hinreichend werden auch die
48 Umweltschäden berücksichtigt, die wir entlang von globalen Lieferketten fossiler Brenn- und
49 Kraftstoffe produzieren. Gigantische Ölteppiche verschmutzen aktuell wieder viele Küstenabschnitte
50 in Peru und Thailand, tausende Vögel und Fische verenden und Fischereibetriebe fürchten ihre
51 Lebensgrundlage zu verlieren. Jüngst ist – weitestgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit – aus
52 einer Ölpipeline in Ecuador fast doppelt so viel Erdöl in ein Naturschutzgebiet des Amazonas
53 geflossen wie nach dem Exxon Valdez Tankerunglück 1989 in Alaska. Auch beim Erdgas wird die
54 Klimaschädlichkeit im Vergleich zu sonstigen fossilen Energien unterschätzt. Von der Gasförderung
55 über den Gastransport hin zu den Gaskraftwerken gibt es signifikante Leckagen von Methan, die
56 häufig nicht in die Klimabilanz von Gas mit einfließen. Dies ist umso besorgniserregender, wenn man
57 betrachtet, dass Methan in den ersten
58 20 Jahren je Tonne über 80-mal und auch nach 100 Jahren immer noch 28-mal klimaschädlicher als
59 eine Tonne CO₂ ist. Das Zeitalter von Erdgas muss nicht nur aus geopolitischen, sondern auch aus
60 einer Umweltperspektive schnell enden.

61 Brandenburg an die Spitze beim Ausbau der Erneuerbaren Energien setzen

62 Um uns von den Fesseln einer fossilen Energieversorgung zu lösen, müssen wir den bereits begonnen Weg
63 zum Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich schneller gehen. Wir streben nicht 2050, nicht 2040,
64 sondern 2030 eine Vollversorgung durch erneuerbare Energien in allen Sektoren (Strom, Industrie,
65 Gebäude, Verkehr) an. Nur so können wir zusätzlich zu weiteren notwendigen Maßnahmen in der Land-,
66 Forst- und Abfallwirtschaft das Klimaneutralitätsziel 2035 erreichen.

- 67 • **100% erneuerbare Energie in Brandenburg bis 2030 ist möglich:** Es gibt mehr und mehr
68 Beispielregionen, die sich schon heute mit bilanziell 100% erneuerbaren Energien versorgen und
69 zahlreiche Studien, die wissenschaftlich eine Vollversorgung aus erneuerbaren Energien darstellen.
70 So auch für die Region Berlin-Brandenburg. Zuletzt hat die Energy-Watch-Group ein 100% Szenario
71 erneuerbare Energien für 2030 berechnet[2], aber auch die LAG Energie hat bereits 2020 ein Szenario
72 für Berlin-Brandenburg erstellt[3]. Diese Szenarien zeigen, dass nicht nur eine 100% Versorgung
73 durch erneuerbare Energien in Brandenburg, sondern auch ein substanzieller Export von
74 erneuerbaren Energien nach Berlin machbar ist.

- 75 • **Viel ungenutztes Potential in Brandenburg beim Ausbau der Erneuerbaren:** Zur Ablösung der fossilen
76 Energiekapazitäten gibt es große Potentiale in Brandenburg, die wir zur Vollversorgung durch
77 erneuerbare Energien noch nicht ausgeschöpft haben. Viele unserer Dächer und viele anderweitig
78 nicht genutzte Flächen können zur Nutzung der Solarenergie herangezogen werden, ausreichend
79 weitere Flächen können für die Windenergie erschlossen werden, aber auch die Bioenergie und
80 Geothermie können noch wichtige Beiträge für eine 100% Versorgung leisten[4].

- 81 • **Nationale Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen eingehalten werden:** Brandenburgs
82 bilanzielle Vollversorgung durch erneuerbare Energien sind auch ein wichtiger Beitrag für die im
83 Koalitionsvertrag auf Bundesebene verabredeten nationalen Erneuerbare-Energien- und
84 Flächen-Nutzungs-Ziele. Wir in Brandenburg stehen zum bundesweiten Ziel 2% der Landesfläche für
85 die Windenergie nutzbar zu machen und erwarten dies auch von allen anderen Bundesländern. Als
86 Flächenland wollen wir mehr als 2% unserer Landesfläche für den Ausbau der Windenergie und
87 weitere Flächen für PV-Anlagen zur Verfügung stellen, um den notwendigen Bedarf zu sichern.
- 88 • **Update für Netz- und Speichersystem, um Versorgungssicherheit zu garantieren:** Die Erzeugung von
89 erneuerbaren Energien allein wird nicht ausreichen. Dargebotsabhängige Energieerzeugung aus
90 Wind und Solar fluktuieren zu einem gewissen Grad. Als Puffer können sie durch steuerbare
91 erneuerbare Energien (wie Biomasse und Geothermie), Speicher und durch eine angepasste
92 Netzstruktur ausgeglichen werden. Unser Netz- und Speichersystem braucht daher ein Update, um
93 einen kontinuierlich steigenden Anteil an fluktuierenden erneuerbaren Energien in das System zu
94 integrieren und regelbare Leistung anzubieten.[5] Der Aufbau von Elektrolyseleistung zur Produktion
95 grünen Wasserstoffs, Brennstoffzellen und mit grünem Wasserstoff betriebenen Gas- und
96 Dampfturbinenkraftwerke sowie Batteriespeicher spielen dabei eine Schlüsselrolle. Auch die
97 Nutzung von mobilen Speichern, z.B. die Akkus von Elektroautos, muss zur Stabilisierung der Netze
98 und der regionalen Energieversorgungssicherheit ermöglicht
99 werden (bidirektionale Speicherung).
- 100 • **Flauten ausgleichen und Vorteile des europäischen Stromnetzes nutzen:** Brandenburg wird auch
101 weiterhin Teil des deutschen und europäischen Netzsystems bleiben. Überproduktion an
102 erneuerbaren Energien können wir dadurch exportieren und punktuelle Unterproduktionen – wie
103 heute schon – können aus anderen Regionen ausgeglichen werden. Die Energieverbräuche und die
104 Verfügbarkeit aus fluktuierenden erneuerbaren Energien gleichen sich geographisch sehr gut aus.
105 Zusätzlich stehen nahezu ganzjährig über das Netz Offshore-Wind aus der Ost- und Nordsee sowie
106 stetige Wasserkraft aus anderen Regionen zur Verfügung.
- 107 • **Vielfalt der Technologien nutzen für erneuerbare Wärme:** Die benötigte Wärme[6] aus erneuerbaren
108 Energien kann in Brandenburg wie in anderen Regionen Deutschlands zum Großteil aus
109 Wärmepumpen, aber auch durch direkte Nutzung von Strom über Heizstäbe, der Bioenergie,
110 Geothermie, industrielle Abwärme und durch Kraft-Wärmekopplungs-Anlagen über Fernwärmenetze
111 abgedeckt werden. Insbesondere Blockheizkraftwerke für nachhaltige Bioenergie, angeschlossen an
112 Nahwärmesysteme, können einen wichtigen Beitrag für Zeiten mit wenig Wind und Sonne liefern und
113 helfen die Kosten für Energiespeicher zu senken. Ein Großteil der Wärme ist ohnehin
114 Niedertemperaturwärme zum Heizen und zur Warmwasserbereitstellung, bei denen bereits heute
115 verfügbare Technologien wie Solarthermie, Wärmepumpen oder die Nutzung von Abwärme leicht
116 zum Einsatz kommen können. Die Wärmeversorgung in Städten und Gemeinden kann dabei auch
117 über Niedertemperatur-Wärmenetze erfolgen.

118 Aufbruch erneuerbare Energien im Bund und in Brandenburg

119 Rückenwind für einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren kommt durch die Bundesebene. Wir
120 begrüßen, dass mit der angedachten EEG-Novelle bis 2035 der Strom nahezu vollständig aus Erneuerbaren
121 kommen soll und nicht wie im alten EEG angedacht irgendwann vor 2050. Bis 2030 sollen bundesweit 80
122 Prozent des Stromverbrauchs Erneuerbar sein, dieses Ziel sichert dann auch einen Kohleausstieg 2030 ab.
123 Als Flächenland Brandenburg haben wir günstigere Bedingungen für den Ausbau von Erneuerbaren, daher
124 können und wollen wir noch mehr ausbauen als vom Bund vorgegeben und so den bundesweiten Ausbau
125 beschleunigen und unterstützen. In Brandenburg streben wir daher 100% erneuerbare Energien schon bis
126 2030 an.

127
128 Diese Ziele sind nur durch eine Beschleunigung der Planung erreichbar, daher ist es richtig, dass im EEG

129 künftig verankert werden soll, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen
130 Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Dieses Ziel gilt selbstverständlich auch für uns in
131 Brandenburg.

132
133 Für Ostdeutschland und Brandenburg ist bei der anstehenden EEG Novelle besonders wichtig, dass:

- 134 • bei Freiflächenanlagen, landwirtschaftliche & energiewirtschaftliche Belange mit dem Naturschutz
135 in Einklang gebracht werden und dafür insbesondere „Agri-PV“ und -Parkplatz-PV dauerhafte
136 Perspektiven erhalten.
- 137 • Bürger*Innenenergie erleichtert und bis zu einer Größenordnung von 18 MW bei Wind und 6 MW bei
138 Solar von Ausschreibungen ausgenommen werden.
- 139 • die finanzielle Beteiligung der Kommunen ausgeweitet wird. Bereits bei bestehenden
140 Windenergieanlagen an Land und Freiflächenanlagen sollen künftig Kommunen finanziell beteiligt
141 werden können.
- 142 • die Dekarbonisierung der Wärmenetze in den Brandenburger Städten zügig, durch eine verbesserte
143 Förderung von Wärmepumpen, vorangebracht wird. Dies ist insbesondere in Ostdeutschland
144 notwendig, weil in vielen kleinen und mittleren Städte Wärmenetze noch aus DDR-Zeiten existieren,
145 die für die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung genutzt werden können, z.B. mit abgeregeltem
146 Windstrom.

147 Die zügige Umsetzung dieser Maßnahmen auf Bundesebene wird die Energiewende in Brandenburg
148 beflügeln.

149
150 Der Entwurf der Energiestrategie 2040 des Brandenburger Wirtschafts- und Energieministeriums bleibt vor
151 diesem Hintergrund deutlich hinter dem Notwendigen zurück.

152 Wir fordern deshalb den Entwurf der Energiestrategie grundsätzlich zu überarbeiten und dabei

- 153 • **die bald vorliegenden Sektorziele des Brandenburger Klimaplans** als Grundlage zu nehmen und die
154 neuen Vorgaben und Möglichkeiten der Bundesebene einzuarbeiten. Im Ergebnis muss die
155 Energiestrategie die klimapolitischen Notwendigkeiten anerkennen. Wenn im Koalitionsvertrag auf
156 Bundesebene der Kohleausstieg für 2030 angestrebt wird, wirkt der Entwurf für einen Kohleausstieg
157 für 2038 deutlich aus der Zeit gefallen.
- 158 • **die Ausbauziele für Windkraft deutlich zu erhöhen.** Das Zwischenausbauziel für die Windkraft von
159 10,5 GW installierter Leistung bis 2030 ist aus der alten, längst überholten Energiestrategie
160 übernommen. Für den Ausbau der Windkraft ist die Flächenverfügbarkeit von entscheidender
161 Bedeutung. Hier erwarten wir noch vor der Sommerpause klare bundesgesetzliche Vorgaben von der
162 Bundesregierung. Diese müssen dann umgehend in die Regionalplanung umgesetzt werden.
- 163 • **insbesondere die Ausbauziele für die Photovoltaik deutlich zu erhöhen.** Diese sind deutlich zu
164 niedrig, gerade auch vor dem Hintergrund der entsprechenden Potenzialanalyse, die das Wirtschafts-
165 und Energieministerium selbst vorgelegt hat. Der Ausbaupfad im Entwurf der Energiestrategie
166 verlagert die größten Steigerungen zu weit in die Zukunft. Notwendig ist es, jetzt die großen Schritte
167 zu machen. Außerdem fehlt ein landespolitischer Ansatz, wie das Potenzial auf Dachflächen und
168 Konversionsflächen verstärkt für den PV-Ausbau genutzt werden kann.
- 169 • **das Thema Repowering stärker zu beleuchten.** Bestehende Windparks wurden in der Vergangenheit
170 genehmigt und die notwendige Infrastruktur ist bereits vorhanden. Die Möglichkeit aus der
171 EEG-Förderung fallende Windparks zu repowern, bietet damit ein relativ einfach zu hebendes
172 Potenzial. Hemmnisse für das Repowering müssen abgebaut werden.

- 173 • **auch die fossilen Energieträger zu beleuchten.** Der vorliegende Entwurf widmet sich ausführlich den
174 erneuerbaren Energien, nicht jedoch dem nötigen Ausstiegspfad für Kohle, Öl und Erdgas. Er lässt
175 völlig offen, welche Energieträger für den nicht erneuerbaren Anteil genutzt werden sollen. Die
176 fossilen Energieträger unterscheiden sich aber deutlich durch Verfügbarkeit, direkte Umweltschäden
177 in Brandenburg, CO₂-Intensität und damit letztlich auch der Betroffenheit durch dessen Besteuerung
178 usw. Für die fossilen Energieträger sollten ambitionierte Ausstiegsziele formuliert werden.
- 179 • **den Energiebedarf nachvollziehbarer herleiten.** Die Annahme des sinkenden Endenergieverbrauchs
180 ist im Entwurf nicht untermauert. Auch gilt es zu thematisieren, wie durch Einsparung und
181 Effizienzsteigerung der Bedarf gesenkt werden kann. Schließlich wird der Energiebedarf Berlins
182 bisher komplett ignoriert.
- 183 • **den Wärmebereich stärker zu beleuchten.** Die Notwendigkeiten im Wärmebereich, insbesondere im
184 Bereich Wohnen und Gebäude, werden im Entwurf unzureichend adressiert.
- 185 • **die erforderlichen Fachkräfte zu benennen.** Die beschleunigte Energiewende benötigt Menschen, die
186 sie umsetzen. Dazu zählen sowohl Menschen in den Genehmigungsbehörden wie dem Landesamt für
187 Umwelt (LfU), als auch Fachkräfte in der Energiewirtschaft und das Handwerk. Hier drohen Engpässe,
188 die das Ministerium, welches nicht nur für Wirtschaft und Energie, sondern auch für Arbeit zuständig
189 ist, ebenfalls adressieren muss.

190 Brandenburg soll eine Klimakampagne starten, um die Bürger*innen auf dem Weg zu 100% erneuerbaren
191 Energien mitzunehmen. Dabei soll auch das Ziel verfolgt werden, private Investitionen auf erneuerbare
192 Energien auszurichten.

193 Um eine Energieversorgung aus 100 % Erneuerbaren bis 2030 erreichen zu können, muss folgerichtig die
194 Energiestrategie auf 2030 ausgerichtet werden. Diese muss den schnellen Ausbau der erneuerbaren, aber
195 auch den Ausstieg aus den fossilen Energien adressieren.

196 Um die hohen Klimafolgekosten und steigende Energiepreise abzuwenden, braucht es jetzt eine
197 ambitionierte Politik in allen Bereichen. Während sich alle anderen Parteien in Brandenburg vor dieser
198 großen Aufgabe scheuen, wollen wir Bündnisgrüne mit der Unabhängigkeit von fossilen Energien neue
199 Chancen verwirklichen. Mit 100% erneuerbaren Energien bis 2030 sichern wir eine freie, umweltgerechte,
200 sozial gerechte und wirtschaftliche Entwicklung für Brandenburg.

201 [1] Laut zuletzt verfügbaren Zahlen des statistischen Landesamtes (2017) bestand der brandenburgische
202 Primärenergieverbrauch aus fossilen Gasen (12%), Mineralöl (27%), Braun- (38%) und Steinkohle (4%).
203 Dahingehend machte der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergiebereich nur 17% aus. Diese
204 Zahlen werden sich aufgrund des weiteren Zubaus von Wind- und Solaranlagen in den letzten Jahren
205 zugunsten der erneuerbaren Energien verbessert haben, aber der hohe Abhängigkeitsgrad von fossilen
206 Energien hat sich dadurch nicht wesentlich verbessert;
207 <https://www.energywatchgroup.org/wp-content/uploads/DE-Studie-Berlin-Brandenburg.pdf> EWG, 2021

208 [2] Die zuletzt für 2017 offiziell bestätigten Zahlen des Landesamts für Statistik weisen auf, dass wir in
209 Brandenburg 98,6 TWh Endenergie verbrauchen. Über die effizientere Nutzung von Energie im Gebäude-,
210 Mobilitäts- und Industriebereich können wir den Verbrauch bis 2030 auf rund 82 TWh senken (Strom, inkl.
211 Elektrifizierung des Verkehrs ca. 42 TWh & Wärme 40 TWh). Laut offizieller Statistik haben wir 2017 bereits
212 32TWh aus heimischen erneuerbaren Energien erzeugt. Die verbleibenden 50 TWh können wir bis 2030
213 aus erneuerbaren Energien decken und darüber hinaus einen erheblichen Teil zur Versorgung Berlins rein
214 aus erneuerbaren Energien beitragen, EWG 2021

215 [3][https://www.ernes.de/seite/451054/projekte-b90grüne-\(nichtöffentlich\)-](https://www.ernes.de/seite/451054/projekte-b90grüne-(nichtöffentlich)-Ophhz7xb.html#BerlinBrandenburg)
216 [Ophhz7xb.html#BerlinBrandenburg](https://www.ernes.de/seite/451054/projekte-b90grüne-(nichtöffentlich)-Ophhz7xb.html#BerlinBrandenburg)

217 [4] Dächer ca. 15 GW, Flächen ca. 30 GW. Die Windenergie nutzen wir in Brandenburg mit rund 9 GW
218 installierter Kapazität bereits sehr gut und müssten sie nur um weitere 3 GW erweitern. Weniger große

- 219 Potentiale haben die Bio- und Geothermie, aber in Summe ist die Nutzung der festen und gasförmigen
220 Bioenergie in Heizkraftwerken oder Blockheizkraftwerken mit rund 1,4 GW und die Nutzung der
221 Geothermie von rund 0,5 GW auch für Ausgleichsenergie erforderlich, EWG 2021
- 222 [5] in Höhe von rund 9 GW, EWG 2021
- 223 [6] rund 40 TWh, EWG 2021

S3 Ladungsfrist von 6 auf 8 Wochen verlängern

Gremium: Kreisverband Oberhavel
Beschlussdatum: 23.02.2022
Tagesordnungspunkt: 9. Satzung

Antragstext

- 1 Die LDK möge die Änderung des §9 Abs. 2 der Landessatzung beschließen und die Zahl "sechs" durch "acht"
- 2 ersetzen.

Begründung

Von der Einladung bis zur Antragsfrist bleiben den KV und OV nur zwei Wochen, um noch fristgemäß einen Antrag stellen zu können.

Die Ladungsfrist würde von sechs auf acht Wochen erhöht, was es KV und OV mehr Zeit einberaumt, eigene Anträge an die LDK zu formulieren und sie insbesondere zu beschließen. Letzteres in nur zwei Wochen zu organisieren ist unpraktikabel.

V3 Guter Austausch – Debatten für die Zukunft aufgestellt Kommunikation und Debatten im Landesverband Brandenburg gemeinsam weiterentwickeln

Gremium: Landesvorstand und Strukturkommission (Hanna Grosse Holtrup, Sabine Freund, Alexandra Pichl, Clemens Rostock, Erdmute Scheufele, Clemens Wehr)
Beschlussdatum: 23.02.2022
Tagesordnungspunkt: 10. Fortsetzung Anträge Verschiedenes

Antragstext

1 Variantenabstimmung

2 1. Die LDK möge beschließen, für die innerparteilichen Debatten unter den Mitgliedern ab 01.04.2022 das
3 Grüne Forum (discourse) zu nutzen. Für eine bessere und strukturierte Beteiligungsmöglichkeit aller
4 Mitglieder und nachvollziehbare Diskussion auch zwischen den Versammlungen, bietet dieses grüne
5 Werkzeug angemessene Möglichkeiten. Die E-Mailliste „Debattenliste“ wird in den Lesemodus und nach der
6 Umstellungsphase zum 31.05.2022 abgeschaltet.

7 oder

8 2. Die LDK möge beschließen, für die innerparteilichen Debatten unter den Mitgliedern ab 01.04.2022 das
9 Grüne Forum (discourse) zu nutzen. Für eine bessere und strukturierte Beteiligungsmöglichkeit aller
10 Mitglieder und nachvollziehbare Diskussion auch zwischen den Versammlungen, bietet dieses grüne
11 Werkzeug angemessene Möglichkeiten. Die E-Mailliste „Debattenliste“ wird nach der – beide
12 Kommunikationswege nutzbaren – moderierten Übergangsphase zum 31.07.2022 abgeschaltet.

Begründung

Der Landesverband hat nun mehr als 2.600 Mitglieder. Um mit so vielen Menschen einen guten Austausch und eine offene Debatte führen zu können, benötigen wir die passenden Formate. Die Strukturkommission hat dazu die Lage mit den verschiedenen Gremien und vielen Engagierten analysiert. Die Lösungen anderer Landesverbände und der Austausch mit der Netzbegründung/Verdigado haben dabei neue Formate aufgezeigt.

Aktuelle gewachsene Situation

Bislang wird eine Debatte in den Orts- und Kreisverbänden, den LAGen, den weiteren Gremien und schließlich auf den Parteitagen geführt. Daneben gibt es die Debatten-E-Mail-Liste auf der aus technischen Gründen keine thematische Struktur möglich ist. Auf dieser Liste können Mitglieder entweder eingetragen sein, oder nicht. Eine temporäre oder thematische Teilnahme ist daher schwierig. Der Anteil der Mitglieder auf der Debattenliste sinkt stetig (z.Zt. ca. 400). Aktiv nehmen ebenfalls nur wenige Mitglieder teil – ca. 20 Personen beteiligen sich regelmäßig mit Beiträgen.

Für die Zukunft muss eine Beteiligungs- und Debattenform gefunden werden, die viele Themenbereiche abbilden kann. Auch soll es möglich sein, nach eigenem Interesse teilnehmen zu können, ohne sich durch ständige Benachrichtigungen belästigt zu fühlen. Hilfreich ist auch eine Sortier- und Suchfunktion der Debattenbeiträge und eine eigene thematische Ordnung.

Als Partei treten wir für Wandel, Erneuerung und Zukunftsfähigkeit ein. Daher werden wir die nachfolgenden Kommunikationswege ausbauen und verstetigen.

Kommunikationswege bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg

1. Landesverband-Terminkalender: alle Termine in LV und KV werden in einem Grüne Wolke-Kalender dargestellt (technisch demnächst möglich)
2. Chatbegruenung am Rechner (rocket.chat am Smartphone): Themen, Ebenen, geschlossene und offene Gruppen möglich
3. LaVoSi-Sprechstunde (ca 10x/Jahr): alle Mitglieder können ihre Anliegen und Anregungen einbringen
4. Themen-Videokonferenzen: nach Bedarf mit unseren Minister*innen, der LTF, den MdB, Kommunalis; ggf. offen für geladene Nicht-Mitglieder
5. Landesarbeitsgemeinschaften (LAG): thematische, regelmäßig tagende Arbeitsgemeinschaften, die landespolitische Themen diskutieren und neue Positionen dazu entwickeln
6. Aussprache-Format auf Parteitag soll fester Bestandteil werden
7. Debatten-Forum im Grünen Netz

Umsetzung der digitalen Debattenteilhabe für alle Mitglieder (früher Debattenliste)

Der Landesvorstand schlägt nun zwei Varianten der Anpassung vor. Mit einer Spezifizierung der Themenauswahl und den technischen Möglichkeiten der grünen Werkzeuge wird die Voraussetzung geschaffen, auch in Zukunft mit allen Mitgliedern eine offene Debatte führen zu können, die aktiv daran teilnehmen möchten.

Von den grünen Werkzeugen bietet sich das **Grüne Forum** für diese Aufgaben an. Es können sowohl thematische Strukturen als auch Parteistrukturen abgebildet werden. Alle Mitglieder können mit ihren Zugangsdaten fürs Grüne Netz teilnehmen, wann und wie intensiv sie es wünschen. Auf Wunsch kann ein Überblick zu den aktuellen Debatten an die eigene E-Mail-Adresse geschickt werden.

Möglichkeiten

- Themenbereiche
- Parteiebenen, Strukturen mit eigenem Zugang möglich (LV, KV, OV)
- Moderation durch ehrenamtliche Moderator*innen und Landesgeschäftsstelle (Awarenessteam), in organisatorischer Verantwortung des Landesvorstands
- Teilnahme an bundesweiten Debatten
- Teilen von Dokumenten und Links
- E-Mail-Benachrichtigungen sind konfigurierbar

Variante 1: **Schnell und vollständig**

- Umstellung zum 1. Mai
- Debattenräume stehen ab 18. April bereit
- Einführungsseminare via Videokonferenz (je KV oder BBG-weit)
- Information über Themen, die im Grünen Forum diskutiert werden, per Mail an die Debattenliste
- auf Debattenliste keine Beiträge mehr möglich
- Pilot*innen für den Umstellungsprozess in jedem KV benennen

- zum 31. Mai Abschaltung der E-Mail-Debattenliste

Variante 2: **Gemächlich und sanft**

- Umstellungsphase bis zu den Sommerferien
- Debattenräume stehen ab 18. April bereit
- Einführungsseminare via Videokonferenz (je KV oder BBG-weit)
- Information über Themen, die im Grünen Forum diskutiert werden, per Mail an die Debattenliste
- auf Debattenliste sind Beiträge bis zur Umstellung möglich (Gefahr der Dopplung)
- Themen der Debattenliste werden aktiv ins Forum übertragen (intensive Moderation nötig)
- Pilot*innen für den Umstellungsprozess aus jedem KV benennen
- zum 31. Juli Abschaltung der E-Mail-Debatten-Liste

Wie bestimmen wir Moderator*innen?

Moderator*innen können sich bewerben)* und erhalten eine Schulung (Grundlagen Netiquette, Konfliktkommunikation) und werden ehrenamtlich im Auftrag des Landesverbands tätig. Sie haben die Aufgabe, die Debatten im Rahmen der Netiquette)** zu beobachten und ggf. mit Diskutierenden in Kontakt zu treten. Sie sind berechtigt, Ermahnungen und ggf. Sanktionen, wie zeitweiliges Sperren auszusprechen. Die technische Umsetzung eventuell nötiger Sanktionen erfolgt durch die Landesgeschäftsstelle.

—
)* <https://discourse.netzbegruenung.de/t/moderation-im-forum-aufruf-zur-bewerbung/31982>

)** <https://discourse.netzbegruenung.de/t/netiquette-fuer-das-forum-finaler-entwurf/31981> und
<https://discourse.netzbegruenung.de/uploads/short-url/93QyBSel3par8jXhaXQyQHiD6AS.pdf>

Austauschen über die Erfahrungen mit der Umstellung auf Grüne Forum können wir uns hier:
<https://discourse.netzbegruenung.de/t/zukunft-der-debatte-in-bbg/32683>

Beschluss

Guter Austausch – Debatten für die Zukunft aufgestellt Kommunikation und Debatten im Landesverband Brandenburg gemeinsam weiterentwickeln

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.03.2022
Tagesordnungspunkt: 10. Fortsetzung Anträge Verschiedenes

Antragstext

- 1 Die LDK möge beschließen, für die innerparteilichen Debatten unter den Mitgliedern ab 01.04.2022 das
- 2 Grüne Forum (discourse) zu nutzen. Für eine bessere und strukturierte Beteiligungsmöglichkeit aller
- 3 Mitglieder und nachvollziehbare Diskussion auch zwischen den Versammlungen, bietet dieses grüne
- 4 Werkzeug angemessene Möglichkeiten. Die E-Mailliste „Debattenliste“ wird nach der – beide
- 5 Kommunikationswege nutzbaren – moderierten Übergangsphase zum 31.07.2022 abgeschaltet.
- 6
- 7 Die Moderation erfolgt über ein ehrenamtliches Moderationsteam, Sanktionen werden in der
- 8 Übergangsphase durch das Team der Landesgeschäftsstelle ausgesprochen. Das Team der
- 9 Landesgeschäftsstelle baut das ehrenamtliche Moderationsteam auf, bietet Moderationsschulungen an und
- 10 schafft Möglichkeit zum Austausch.
- 11 Der Landesverband organisiert bis zur Herbst-LDK Schulungsveranstaltungen, damit alle in der Partei
- 12 Organisierten eine Einführung in das neue System erhalten und bis November die Fähigkeit zur Benutzung
- 13 der neuen Tools erwerben können.

Begründung

Der Landesverband hat nun mehr als 2.600 Mitglieder. Um mit so vielen Menschen einen guten Austausch und eine offene Debatte führen zu können, benötigen wir die passenden Formate. Die Strukturkommission hat dazu die Lage mit den verschiedenen Gremien und vielen Engagierten analysiert. Die Lösungen anderer Landesverbände und der Austausch mit der Netzbegründung/Verdigado haben dabei neue Formate aufgezeigt.

Aktuelle gewachsene Situation

Bislang wird eine Debatte in den Orts- und Kreisverbänden, den LAGen, den weiteren Gremien und schließlich auf den Parteitagen geführt. Daneben gibt es die Debatten-E-Mail-Liste auf der aus technischen Gründen keine thematische Struktur möglich ist. Auf dieser Liste können Mitglieder entweder eingetragen sein, oder nicht. Eine temporäre oder thematische Teilnahme ist daher schwierig. Der Anteil der Mitglieder auf der Debattenliste sinkt stetig (z.Zt. ca. 400). Aktiv nehmen ebenfalls nur wenige Mitglieder teil – ca. 20 Personen beteiligen sich regelmäßig mit Beiträgen.

Für die Zukunft muss eine Beteiligungs- und Debattenform gefunden werden, die viele Themenbereiche abbilden kann. Auch soll es möglich sein, nach eigenem Interesse teilnehmen zu können, ohne sich durch ständige Benachrichtigungen belästigt zu fühlen. Hilfreich ist auch eine Sortier- und Suchfunktion der Debattenbeiträge und eine eigene thematische Ordnung.

Als Partei treten wir für Wandel, Erneuerung und Zukunftsfähigkeit ein. Daher werden wir die nachfolgenden Kommunikationswege ausbauen und verstetigen.

Kommunikationswege bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg

1. Landesverband-Terminkalender: alle Termine in LV und KV werden in einem Grüne Wolke-Kalender dargestellt (technisch demnächst möglich)
2. Chatbegruenung am Rechner (rocket.chat am Smartphone): Themen, Ebenen, geschlossene und offene Gruppen möglich
3. LaVoSi-Sprechstunde (ca 10x/Jahr): alle Mitglieder können ihre Anliegen und Anregungen einbringen
4. Themen-Videokonferenzen: nach Bedarf mit unseren Minister*innen, der LTF, den MdB, Kommunalis; ggf. offen für geladene Nicht-Mitglieder
5. Landesarbeitsgemeinschaften (LAG): thematische, regelmäßig tagende Arbeitsgemeinschaften, die landespolitische Themen diskutieren und neue Positionen dazu entwickeln
6. Aussprache-Format auf Parteitag soll fester Bestandteil werden
7. Debatten-Forum im Grünen Netz

Umsetzung der digitalen Debattenteilhabe für alle Mitglieder (früher Debattenliste)

Der Landesvorstand schlägt nun zwei Varianten der Anpassung vor. Mit einer Spezifizierung der Themenauswahl und den technischen Möglichkeiten der grünen Werkzeuge wird die Voraussetzung geschaffen, auch in Zukunft mit allen Mitgliedern eine offene Debatte führen zu können, die aktiv daran teilnehmen möchten.

Von den grünen Werkzeugen bietet sich das **Grüne Forum** für diese Aufgaben an. Es können sowohl thematische Strukturen als auch Parteistrukturen abgebildet werden. Alle Mitglieder können mit ihren Zugangsdaten fürs Grüne Netz teilnehmen, wann und wie intensiv sie es wünschen. Auf Wunsch kann ein Überblick zu den aktuellen Debatten an die eigene E-Mail-Adresse geschickt werden.

Möglichkeiten

- Themenbereiche
- Parteiebenen, Strukturen mit eigenem Zugang möglich (LV, KV, OV)
- Moderation durch ehrenamtliche Moderator*innen und Landesgeschäftsstelle (Awarenessteam), in organisatorischer Verantwortung des Landesvorstands
- Teilnahme an bundesweiten Debatten
- Teilen von Dokumenten und Links
- E-Mail-Benachrichtigungen sind konfigurierbar

Variante 1: **Schnell und vollständig**

- Umstellung zum 1. Mai
- Debattenräume stehen ab 18. April bereit
- Einführungsseminare via Videokonferenz (je KV oder BBG-weit)
- Information über Themen, die im Grünen Forum diskutiert werden, per Mail an die Debattenliste
- auf Debattenliste keine Beiträge mehr möglich
- Pilot*innen für den Umstellungsprozess in jedem KV benennen

- zum 31. Mai Abschaltung der E-Mail-Debattenliste

Variante 2: **Gemächlich und sanft**

- Umstellungsphase bis zu den Sommerferien
- Debattenräume stehen ab 18. April bereit
- Einführungsseminare via Videokonferenz (je KV oder BBG-weit)
- Information über Themen, die im Grünen Forum diskutiert werden, per Mail an die Debattenliste
- auf Debattenliste sind Beiträge bis zur Umstellung möglich (Gefahr der Dopplung)
- Themen der Debattenliste werden aktiv ins Forum übertragen (intensive Moderation nötig)
- Pilot*innen für den Umstellungsprozess aus jedem KV benennen
- zum 31. Juli Abschaltung der E-Mail-Debatten-Liste

Wie bestimmen wir Moderator*innen?

Moderator*innen können sich bewerben)* und erhalten eine Schulung (Grundlagen Netiquette, Konfliktkommunikation) und werden ehrenamtlich im Auftrag des Landesverbands tätig. Sie haben die Aufgabe, die Debatten im Rahmen der Netiquette)** zu beobachten und ggf. mit Diskutierenden in Kontakt zu treten. Sie sind berechtigt, Ermahnungen und ggf. Sanktionen, wie zeitweiliges Sperren auszusprechen. Die technische Umsetzung eventuell nötiger Sanktionen erfolgt durch die Landesgeschäftsstelle.

—
)* <https://discourse.netzbegruenung.de/t/moderation-im-forum-aufruf-zur-bewerbung/31982>

)** <https://discourse.netzbegruenung.de/t/netiquette-fuer-das-forum-finaler-entwurf/31981> und <https://discourse.netzbegruenung.de/uploads/short-url/93QyBSel3par8jXhaXQyQHiD6AS.pdf>

Austauschen über die Erfahrungen mit der Umstellung auf Grüne Forum können wir uns hier: <https://discourse.netzbegruenung.de/t/zukunft-der-debatte-in-bbg/32683>

V4 Dialog muß wieder Standard bei Planungsverfahren werden

Antragsteller*in: Heinz-Herwig Mascher
Tagesordnungspunkt: 10. Fortsetzung Anträge Verschiedenes

Antragstext

1 **Die LDK möge beschließen:**

- 2 Das Brandenburger Plansicherstellungsgesetz (PlanSiG) soll beteiligungsfreundlicher ausgestaltet werden:
3 Wenn auf Grund gegebener Bedingungen Anhörungen in öffentlichen Versammlungen nicht möglich sind,
4 sollen diese in der Regel in Form von Videokonferenzen durchgeführt werden. Rein schriftliche Verfahren
5 wie die sogenannten „Online-Konsultationen“ können die dialogische Form der Anhörung in Präsenz bzw.
6 als Videokonferenz nicht gleichwertig ersetzen.

Begründung

Um auch während der Pandemie Planungsverfahren durchführen zu können, wurde auf Bundesebene im Frühjahr 2020 das Plansicherstellungsgesetz (PlanSiG) beschlossen. Als Alternative zu gesetzlich verankerten Erörterungsterminen (EÖT) – bei denen Antragsteller*innen, Behörden und Einwender*innen ihre Ansichten und Kritikpunkte direkt in Präsenz austauschen können – wurde u. a. das Format sogenannter „Online-Konsultationen“ eingeführt.

Anders als dieser Begriff jedoch vermuten lässt, sind hiermit keine Videokonferenzen o. ä. gemeint, sondern rein schriftliche Verfahren: Alle Beteiligten stellen ihre Unterlagen online; es ist ausschließlich schriftlich möglich, darauf zu reagieren.

Inzwischen sind Online-Konsultationen zum Standard geworden – und das auch in Fällen, wo ein EÖT corona-kompatibel hätte durchgeführt werden können, wie z. B. beim EÖT zur geplanten Müllverbrennungsanlage am Kraftwerksstandort Jänschwalde. Dem Vernehmen nach gibt es zudem Bestrebungen, EÖTs auch nach Ende der Pandemie in der Regel durch rein schriftlichen Online-Konsultationen zu ersetzen.

Die de facto Abschaffung der direkten Debatte über Vorhaben hat zu massiver Kritik von Betroffenen und Umweltverbänden geführt, u. a. beim TESLA-Verfahren.

<https://bbu-online.de/Stellungnahmen/Erörterungstermine%20in%20umweltrechtlichen%20Verwaltungsverfahren%20-%20Offener%20Brief.pdf>

In Brandenburg sind insgesamt vier Online-Konsultationen durchgeführt worden. In jedem dieser Fälle wurden Unmengen von Materialien ins Netz gestellt, auf welche per Mail reagiert werden konnte. Es erfolgte aber kein Dialog zwischen Vorhabensträger, Behörden und Betroffenen. Die Möglichkeiten für Rück- oder gar nur Verständnisfragen und für das Aushandeln von Kompromissen im Dialog waren nicht gegeben. Das Ergebnis solcher Verfahren befördert Missverständnisse, Frust und von der Sache her nicht notwendige Klageverfahren – wobei die Gefahr des Unterliegens für Klagende groß sein und heftig ins Geld gehen kann.

Das PlanSiG ist ein Bundesgesetz, welches einen Rahmen setzt. Brandenburg kann für „seine“ Verfahren andere bzw. höhere Standards setzen. Die Möglichkeit, alle relevanten Unterlagen im Netz einsehen zu

können, soll zwar erhalten bleiben. Die dialogische Form der Anhörung „von face to face“ muss aber wieder zum Standard werden, falls nötig in Form einer Videokonferenz.

Unsere Partei hat als erste einen Bundesparteitag mit über 800 Delegierten samt Presse und vielen interessierten Mitglieder*innen digital durchgeführt – das sollte auch für Landesbehörden möglich sein. Und wenn diese Anhörung auf Wunsch auch hybrid stattfinden kann, d. h. dass in die Versammlung hinein Einschaltungen für weit entfernt wohnende, kranke und anderweitig am Erscheinen vor Ort Verhinderte möglich sein könnten, dann umso besser!

Unterstützer*innen

Heide Schinowsky (KV Spree-Neiße); Juliane Roschitz (KV Märkisch-Oderland); Florian Winkler (KV Uckermark); Stefan Brandes (KV Oder-Spree); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Rainer Still (KV Prignitz); Gerrit Prange (KV Potsdam); Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald); Burkhard Joksch (KV Oder-Spree); Andreas Rieger (KV Dresden); Henrike Rieken (KV Barnim); Erdmute Scheufele (KV Oder-Spree); Simon Jockers (KV Barnim); Frank Bretag (KV Frankfurt-Oder); Elke Seidel (KV Potsdam-Mittelmark); Heiko Kohl (KV Havelland)

V5 Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Gremium: LAG Bildung

Beschlussdatum: 21.02.2022

Tagesordnungspunkt: 10. Fortsetzung Anträge Verschiedenes

Antragstext

1 Rückenwind für Inklusion:

2 Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

3 Wie gerecht ist unsere Gesellschaft? Eine Antwort erhält, wer auf unsere Schulen und Kitas blickt. Denn
4 dort erweist sich, in welchem Maße wir Chancengerechtigkeit und Solidarität verwirklichen. Der Befund ist
5 ernüchternd: Nicht erst durch die Pandemie ist offenbar, dass unser Bildungssystem von dem Ideal eines
6 inklusiven und sozial gerechten Zusammenlebens und Zusammenhaltens sehr weit entfernt ist. Je mehr wir
7 uns auf die Bewältigung aktueller Krisen konzentrieren, um so eklatanter werden Risse und Verwerfungen
8 im sozialen Gefüge. Aus sozialen oder auch gesundheitlichen Gründen werden Benachteiligte immer
9 weiter zurückgeworfen. Unser Bildungssystem wirkt in dieser Hinsicht nach wie vor ausschließend und
10 abwertend. Anstatt jungen Menschen und Familien Rückenwind zu geben, bremst es aus. Es ist Zeit, dieser
11 Entwicklung Einhalt zu gebieten und mit aller Kraft gegenzusteuern. Ein sozial gerechteres Bildungswesen
12 fördert ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben. Dieser Antrag
13 soll nächste Schritte aufzeigen auf dem Weg zu einer inklusiven und sozial gerechten Brandenburger
14 Bildungslandschaft - trotz und gerade wegen einer seit zwei Jahren andauernden Pandemie.

15 Inklusiv ist Brandenburg noch lange nicht

16 Inklusion geht weit über das gemeinsame Lernen von Schüler*innen mit und ohne sonderpädagogischem
17 Förderbedarf hinaus, sondern gründet vielmehr auf einer Haltung der Anerkennung und bejahenden
18 Wertschätzung von Diversität als Ressource für gesellschaftliche Entwicklung. Inklusiver Unterricht
19 bedeutet die individuelle Förderung jedes Kindes.
20 Brandenburg hat 2009 damit begonnen, Schulen inklusiv zu gestalten. Vieles ist auf halber Strecke
21 steckengeblieben. In den Corona-Jahren kam es zum Stillstand, ja, mancherorts wurde das Rad eher
22 zurückgedreht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen neuen Schwung nehmen und den inklusiven Ansatz
23 verwirklichen. Denn Inklusion kann es nicht halb geben: Jeder Mensch hat das Recht auf gemeinsames
24 Lernen und auf eine ihm/ihr angemessene Förderung. Zurzeit besuchen jedoch nur ca. die Hälfte der
25 Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf eine Regelschule. Vor allem sind es die Schüler*innen mit den
26 sonderpädagogischen Förderbedarfen Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung. Schüler*innen,
27 die einen Förderbedarf geistige Entwicklung, körperlich-motorische Entwicklung, Autismus, Sehen oder
28 Hören haben, werden seltener inklusiv beschult. Von einem inklusivem Bildungssystem sind wir also weit
29 entfernt. Unser Ziel ist es, eines Tages auf ein Schubladendenken in Gänze verzichten zu können und jedes
30 Kind in seiner Individualität und nach seinen Bedürfnissen zu fördern.

32 Programm „Gemeinsames Lernen“

33 Seit dem Schuljahr 2020/21 nehmen in Brandenburg 238 Schulen (166 Grundschulen, 29 Oberschulen, 6
34 Gesamtschulen und 7 Oberstufenzentren (OSZ) sowie 23 Schulzentren) teil am Landesprogramm „Schulen
35 für gemeinsames Lernen“. Das ist ein Viertel der 923 Brandenburger Schulen. Das bedeutet aber auch:
36 Dreiviertel der Schulen erhalten für Schüler*innen mit entsprechenden Bedarfen eine ausschließlich
37 kindbezogene Förderung personeller, sächlicher sowie räumlicher Ressourcen. Inklusion in der Bildung
38 setzt aber voraus, dass alle Schulen ein Konzept zur Inklusion entwickeln und umsetzen.

39 Das Landesprogramm "Schulen für gemeinsames Lernen" setzt wichtige Signale, aber in den
40 Pandemiejahren kamen keine Schulen mehr hinzu. Jetzt braucht das Programm dringend neuen
41 Schwung.

- 42 • Das Programm sollte schnellstens wieder geöffnet werden. Schulen, die sich beteiligen wollen, sollen
43 auf ihrem Weg zu einer inklusionsorientierten Schulentwicklung unterstützt werden.
- 44 • Das Land startet eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zu "Schulen für gemeinsames Lernen", die
45 alle Akteur*innen umfassend über die Ausgestaltung des gemeinsamen Lernens und Auswirkungen
46 individualisierter Lern- und Prüfformate informiert.
- 47 • Neben der reinen Förderung der personellen Bedingungen, fordern wir eine Unterstützung der
48 Kommunen in ihrer Verantwortung als Schulträger bei der Bereitstellung der zusätzlichen
49 räumlichen, sächlichen und technischen Ressourcen.

50 **Gymnasien für Inklusion gewinnen**

51 Inklusion betrifft die ganze Gesellschaft – und das gesamte Bildungssystem. Bislang gehen jedoch die
52 Brandenburger Gymnasien einen Sonderweg, der den inklusiven Ansatz konterkariert. Lerndifferenzierter
53 Unterricht an Gymnasien ist zwar bereits jetzt möglich in Brandenburg, wird jedoch kaum umgesetzt. Die
54 pädagogischen Konzepte, Ausstattungen und räumlichen Gegebenheiten auch an Gymnasien sollen jedoch
55 so weiterentwickelt werden, dass diese in der Lage sind, inklusiv zu arbeiten. Denn: Inklusion ist in erster
56 Linie eine Frage der pädagogischen Haltung und in zweiter Linie die Frage der Ressourcen.
57 Erzwungene Inklusion birgt Risiken, deshalb sollten Gymnasien durch Ressourcenzuweisung und
58 Unterstützung gewonnen werden, ihr pädagogisches Portfolio zu öffnen. Deshalb fordern wir
59 Modellprojekte, die zeigen, wie es gehen kann.

- 60 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern Modellprojekte für lernzieldifferentes Arbeiten an Gymnasien.

61 **Multiprofessionelle Teams**

62 Inklusion kann nur gelingen, wenn sich die Schule den Lernenden anpasst – und nicht umgekehrt. Die
63 Kinder und Jugendlichen kommen in ihrer Vielfalt mit extrem unterschiedlichen Ausgangslagen und
64 Bedürfnissen an die Schulen. Lehrkräfte brauchen die Freiheit, Flexibilität und die Ressourcen, sich auf ihre
65 Schüler*innen einzustellen. Eine wichtige Bedingung dafür ist es, dass Menschen unterschiedlicher
66 Professionen zusammenarbeiten zum Wohl aller Schüler*innen. Neben den Lehrkräften sind dies zum
67 Beispiel Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Therapeut*innen, Gesundheitskräfte, Psycholog*innen.
68 Teamarbeit soll selbstverständlich sein. Dafür müssen Voraussetzungen geschaffen werden: Zeit für
69 Teambesprechungen, Räume für Gespräche, Therapien etc.

- 70 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung auf, die im Koalitionsvertrag vereinbarten
71 400 zusätzlichen Fachkräfte einzustellen.
- 72 • Das Land Brandenburg möge in den Standards der Raumprogrammempfehlungen für Schulbauten
73 neben den für Teilungsunterricht geeigneten Klassenräumen den flexibel nutzbaren Anteil für
74 Arbeits-, Ruhe-, Bewegungs- und Besprechungsräume erhöhen.
- 75 • Das Konzept der Einzelfallhilfe bzw. Schulbegleitung muss überarbeitet werden. Lernbegleiter*innen
76 müssen an den Schulen direkt angebunden sein, dort ins Team eingebunden werden und fachlich
77 entsprechend der Aufgabe spezifisch fortgebildet werden.
- 78 • Lehrkräfte sollen in ihrem Stundendeputat ausgewiesene Zeiten für individuelle Gespräche und
79 Förderung erhalten. Die Zahl der Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeiter*innen wird deutlich
80 ausgeweitet.

81 **Noten ade - Neue Prüfungskultur**

82 Das Lernen an den Schulen muss sich grundlegend wandeln, um diese zu inklusiven Lebens- und Lernorten
83 werden zu lassen. Unsere „Kultur“ der Benotung zwingt die Lehrkräfte, auf Defizite zu schauen und setzt
84 Schüler*innen unter Druck, Stress und Angst. Das widerspricht einer inklusiven pädagogischen Haltung. Der
85 Rahmenlehrplan des Landes bietet mit seiner Kompetenzorientierung und seiner Ausweisung von
86 Niveaustufen bereits einen guten Orientierungsrahmen für die Betrachtung von Lernerfolgen in einem
87 binnendifferenzierten, individualisierten Lernsetting. Darauf aufbauend machen wir uns stark für eine
88 neue, andere Prüfungskultur, weg von Beurteilungen durch Noten und hin zu einer Einschätzung zur
89 Lernentwicklung. Wir fordern, mehr Formen des Feedbacks und der Lernbegleitung zu erproben und
90 wissenschaftlich zu evaluieren.

- 91 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Umsetzung des im Schulgesetz verankerten
92 Orientierungsrahmens für die Betrachtung von Lernerfolgen in ein binnendifferenziertes,
93 individualisiertes Lernsetting zu integrieren.
- 94 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen vor, die wissenschaftliche Erforschung anderer Prüfungsformate
95 und einer neuen, konstruktiven Form der Lernbegleitung zu fördern.
- 96 • Das Land Brandenburg möge bei der Ausgestaltung der Abiturvereinbarungen Prüfungsformate mit
97 Blick auf Zukunftskompetenzen zulassen.

98 **Inklusiver Ganzttag**

99 Ganze Tage an den Schulen sollen mehr bieten als Betreuung. Inklusiv kann der Ganzttag nur werden, wenn
100 auf Bedürfnisse aller Rücksicht genommen wird. Schüler*innen brauchen - im Einzelfall - auch über das 6.
101 Schuljahr hinaus eine an die Schule angebundene, ganztägige Betreuung. Die Standards für die
102 Ganztagschule wollen wir hoch ansetzen: Kinder und Jugendliche, die ganze Tage an den Schulen
103 verbringen, brauchen Platz, Ruhe, Bildung, Abenteuer, Sport, Spiel, musische Angebote, Rückzug und
104 Ansprechpartner*innen. Wer hier spart, beschneidet junge Menschen in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit.
105 Der Blick auf das Lernen muss erweitert werden: formelles und informelles Lernen müssen den gleichen
106 Stellenwert in der Betrachtung des Ganztages erhalten. Lebenspraktisches, soziales und theoretisches
107 Lernen müssen durch ein gemeinsames Curriculum verzahnt werden. Hier bieten sich große Chancen für
108 eine inklusive Organisation der Schule mit starken Beteiligungsmöglichkeiten bis hin zur
109 Selbstbestimmung für Schüler:innen.

- 110 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine inklusionspädagogische Fortschreibung der
111 Qualitätsmerkmale aus dem Projekt „Qualität an Schulen mit Ganztagsangeboten“.
- 112 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen vor, einen für Brandenburg geltenden „Qualitätsrahmen
113 Ganzttag“ festzulegen, der an den bundesweit formulierten Standards ansetzt.
- 114 • Das Land unterstützt die Kommunen und Schulträger bei der inklusionsoptimierten Einbindung der
115 Ganztagschulen in den Sozialraum bzw. als Teil einer kommunalen Bildungslandschaft.
- 116 • Der Landtag soll den Betreuungsbedarf von Schüler*innen (z.B. mit Förderbedarf geistige
117 Entwicklung) ermitteln und für diese Kinder und Jugendliche echte Teilhabe durch ganztägige
118 Förderung auch in den Ferien gewährleisten. Dieser Betreuungsanspruch kann entweder im Kita-
119 oder im Teilhabegesetz verankert werden.
- 120 • Der Wechsel zwischen reiner Unterrichtszeit und der Betreuung im Ganzttag darf keinen Einfluss auf
121 das Erfordernis von Einzelfallhelfer*innen haben. Dazu müssen die Zuständigkeiten neu geklärt
122 werden.

123 **Inklusionspädagogik statt Sonderpädagogik**

124 Die Lehrer*innenbildung darf nicht hinter den Entwicklungen der Lernkultur hinterherhinken.
125 Inklusionspädagogik sollte selbstverständlicher Bestandteil der Ausbildung und Weiterbildung sein – für
126 jede Lehrkraft an der Schule. Doch damit nicht genug: Auch die Mitarbeitenden von Schulaufsicht,
127 Schulämtern etc. sollten inklusionspädagogisch fortgebildet sein.

- 128 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung auf, sich bei der Verwirklichung der im
129 Koalitionsvertrag angekündigten Koordinierungsstelle Lehrer*innenbildung für
130 inklusionspädagogische Ansätze einzusetzen.
- 131 • Das Land setzt die bereitstehenden Mittel ein, um das Fortbildungscurriculum „Gemeinsames Lernen
132 in der Schule“ flächendeckend für alle Lehrer*innen regelmäßig anzubieten.
- 133 • Die Formate der Fortbildungen müssen als Veranstaltungen in den Schulen entwickelt und
134 entsprechende Ressourcen für Lehrer*innen (Unterrichtszeiten) und Schüler*innen
135 (Selbstlernkonzepte) bereitgestellt werden.
- 136 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich an die Hochschulen mit der Forderung, die
137 inklusionspädagogischen Anteile als Querschnittsthema in allen Lehramtsstudien und Lehrfächern
138 deutlich zu erweitern.

139 **Lernen - voneinander und miteinander**

140 Die Vermittlung von Verständnis und Wertschätzung zu Diversität, insbesondere gegenüber Menschen mit
141 einer Behinderung, unterschiedlicher sexueller und geschlecht-licher Identität, unterschiedlichen Glaubens
142 oder Herkunft sowie die Aufklärung über deren jeweiliger Belange sollte selbstverständlich ein Bestandteil
143 des Unterrichts, des Schullebens und der pädagogischen Grundhaltung einer jeden Lehrkraft sein.

- 144 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, Schulbücher und -materialien in jeder Hinsicht
145 (haptisch, optisch und inhaltlich) barrierearm zu gestalten. In Abbildungen und Texten sollten
146 Personen aller Bevölkerungsschichten, unabhängig ihrer Hautfarbe, des Aussehens oder sexueller
147 und geschlechtlicher Identität abgebildet werden.
- 148 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern mehr Diversität in den Lehrmedien und ihren Formaten, z.B. durch
149 Übersetzung in verschiedene Sprachen (inkl. Braille-Schrift).

150 **Inklusion als gesamtgesellschaftlicher Prozess**

151 Inklusion ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, in dem Schule zwar eine Schlüsselrolle spielt, aber
152 sicherlich nicht der einzige Bereich ist, der sich verändern muss. Frühkindliche Bildung, Jugendhilfe,
153 berufliche Bildung usw. – Inklusion ist in jedem gesellschaftlichen Bereich ein Menschenrecht. Deshalb
154 sind die hier geforderten Maßnahmen nur kleine Schritte auf einem langen Weg. Inklusion gelingt nur in
155 einer Gesamtstrategie. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- 156 • Die Landesregierung möge eine Gesamtstrategie Inklusion entwickeln für alle Bereiche des
157 gesellschaftlichen Lebens.
- 158 • Die Landesregierung möge die Umsetzung ihres "Behindertenpolitischen Maßnahmenpakets 2.0"
159 auswerten und für die Jahre 2022-2024 fortschreiben.
- 160 • Das Land möge Kommunen unterstützen in der Entwicklung inklusiver kommunaler
161 Bildungslandschaften, in denen Schule, Kita, Schulträger, Schulaufsicht, freie Bildungsträger
162 miteinander verzahnt agieren. Einbezogen werden sollen dabei auch die Beratungsstrukturen des
163 Landes und der Kommunen – zur Einschulung, Erziehung, Förderung.

Beschluss

Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.03.2022
Tagesordnungspunkt: 10. Fortsetzung Anträge Verschiedenes

Antragstext

1 Rückenwind für Inklusion:

2 Gemeinsames Lernen an Brandenburgs Schulen voranbringen

3 Wie gerecht ist unsere Gesellschaft? Eine Antwort erhält, wer auf unsere Schulen und Kitas blickt. Denn
4 dort erweist sich, in welchem Maße wir Chancengerechtigkeit und Solidarität verwirklichen. Der Befund ist
5 ernüchternd: Nicht erst durch die Pandemie ist offenbar, dass unser Bildungssystem von dem Ideal eines
6 inklusiven und sozial gerechten Zusammenlebens und Zusammenhaltens sehr weit entfernt ist. Je mehr wir
7 uns auf die Bewältigung aktueller Krisen konzentrieren, um so eklatanter werden Risse und Verwerfungen
8 im sozialen Gefüge. Aufgrund von Klassismus, Ableismus und Rassismus werden Betroffene in unserem
9 Bildungssystem strukturell benachteiligt. Unser Bildungssystem wirkt in dieser Hinsicht nach wie vor
10 ausschließend und abwertend. Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen sollen von Anfang
11 an gemeinsam lernen und aufwachsen. Das ist der menschenrechtliche Auftrag aus der
12 UN-Behindertenrechtskonvention, von dem unsere gesamte Gesellschaft auf Dauer profitiert. Leider ist
13 die Entwicklung für ein inklusives Schulsystem in Brandenburg in den letzten Jahren zu wenig
14 vorangekommen. Anstatt jungen Menschen und Familien Rückenwind zu geben, bremst es aus. Es ist Zeit,
15 dieser Entwicklung Halt zu gebieten und mit aller Kraft gegenzusteuern. Ein sozial gerechteres
16 Bildungswesen fördert ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben. Dieser Antrag soll nächste
17 Schritte aufzeigen auf dem Weg zu einer inklusiven und sozial gerechten Brandenburger
18 Bildungslandschaft - trotz und gerade wegen einer seit zwei Jahren andauernden Pandemie. Die
19 finanzintensiven Dualstrukturen (Förderschulen und inklusiver Unterricht an Schulen gemeinsamen
20 Lernens) sind nicht länger zu rechtfertigen.

21 Inklusiv ist Brandenburg noch lange nicht

22 Inklusion geht weit über das gemeinsame Lernen von Schüler*innen mit und ohne sonderpädagogischem
23 Förderbedarf hinaus, sondern gründet vielmehr auf einer Haltung der Anerkennung und bejahenden
24 Wertschätzung von Diversität als Ressource für gesellschaftliche Entwicklung. Inklusiver Unterricht
25 bedeutet die individuelle Förderung jedes Kindes.
26 Brandenburg hat 2009 damit begonnen, Schulen inklusiv zu gestalten. Vieles ist auf halber Strecke
27 steckengeblieben. In den Corona-Jahren kam es zum Stillstand, ja, mancherorts wurde das Rad eher
28 zurückgedreht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen neuen Schwung nehmen und den inklusiven Ansatz
29 verwirklichen. Denn Inklusion kann es nicht halb geben: Jeder Mensch hat das Recht auf gemeinsames
30 Lernen und auf eine ihm/ihr angemessene Förderung. Zurzeit besuchen jedoch nur ca. die Hälfte der
31 Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf eine Regelschule. Die meisten Kinder und Jugendlichen, die
32 inklusiv beschult werden, wurden den sonderpädagogischen Förderbedarfen Lernen, Sprache und
33 emotional-soziale Entwicklung zugeteilt. Schüler*innen, d Förderbedarf in geistiger Entwicklung,
34 körperlich-motorischer Entwicklung, Autismus, Sehen oder Hören zugeschrieben bekommen haben, werden
35 fast ausschließlich in Förderschulen beschult. Von einem inklusivem Bildungssystem sind wir also weit
36 entfernt. Unser Ziel ist
37 es, jedes Kind in seiner Individualität und nach seinen Bedürfnissen zu fördern.

38

39 **Programm „Gemeinsames Lernen“**

40 Seit dem Schuljahr 2020/21 nehmen in Brandenburg 238 Schulen (166 Grundschulen, 29 Oberschulen, 6
41 Gesamtschulen und 7 Oberstufenzentren (OSZ) sowie 23 Schulzentren) teil am Landesprogramm „Schulen
42 für gemeinsames Lernen“. Das ist ein Viertel der 923 Brandenburger Schulen. Es stellt sich hier die Frage,
43 ob es wirklich die inklusive Beschulung ist, die zunimmt, oder die Einteilung in die sonderpädagogischen
44 Förderbereiche. Laut Evaluationsbericht "Gemeinsames Lernen im Bundesland Brandenburg" vom März
45 2021 liegt der Inklusionsanteil derzeit bei 50 Prozent. Mittlerweile besucht demnach jedes zweite
46 Schulkind mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf eine inklusive Schule. Inklusion in der Bildung
47 setzt voraus, dass alle Schulen ein Konzept zur Inklusion entwickeln und umsetzen.
48 Das Landesprogramm "Schulen für gemeinsames Lernen" setzt wichtige Signale, aber in den
49 Pandemiejahren kamen keine Schulen mehr hinzu. Jetzt braucht das Programm dringend neuen
50 Schwung.

- 51 • Das Programm sollte schnellstens erweitert werden und zwar so, dass Schulen in Brandenburg dabei
52 unterstützt werden, sich auf den Weg zu einer inklusionsorientierten Schulentwicklung zu machen.
- 53 • Das Land startet eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zu "Schulen für gemeinsames Lernen", die
54 alle Akteur*innen umfassend über die Ausgestaltung des gemeinsamen Lernens und Auswirkungen
55 individualisierter Lern- und Prüfformate informiert.
- 56 • Neben der Förderung der personellen Bedingungen, fordern wir eine Unterstützung der Kommunen
57 in ihrer Verantwortung als Schulträger bei der Bereitstellung der zusätzlichen räumlichen, sächlichen
58 und technischen Ressourcen.

59 **Hin zu einem inklusiven Bildungssystem**

60 Inklusion betrifft die ganze Gesellschaft – und das gesamte Bildungssystem. Kinder werden schon im
61 jungen Alter durch leistungsorientierte Bewertung auf unterschiedliche Schulformen verteilt. Die
62 Bildungswege gehen auseinander, wahre Potentiale bleiben unerkannt und strukturelle Ungleichheiten
63 forciert. Jede*r Schüler*in von der 1. Klasse bis zum Schulabschluss soll die Möglichkeit bekommen –
64 jederzeit und wohnortnah – den angestrebten Schulabschluss erreichen zu können. Und zwar gemeinsam
65 –von der Grundschule bis zur Oberstufe. Bisher gehen jedoch Brandenburger Gymnasien einen
66 Sonderweg, der den inklusiven Ansatz konterkariert. Wir wollen, dass möglichst alle Schulen – also
67 Gemeinschaftsschulen, Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien das Konzept „Schule für Gemeinsames
68 Lernen“ übernehmen, das mit der Bereitstellung von Ressourcen für die Erweiterung des pädagogischen
69 Portfolios – auch für Gymnasien – einhergeht.

70 Inklusion betrifft auch die Einstellung und Haltung gegenüber dem Individuum in der Gruppe. In der
71 Bildung bedeutet dies, jede*r Schüler*in gestaltet individuell seinen eigenen Weg des Lernens und zwar
72 gemeinsam mit den anderen. An allen Schulen soll ein (lern-)differenzierter Unterricht stattfinden, der zwar
73 in Brandenburg schon möglich ist, aber kaum umgesetzt wird.

- 74 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen das Ziel, dass möglichst alle Schulen und Schulformen das
75 Konzept „Schule für Gemeinsames Lernen“ übernehmen.
- 76 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern Modellprojekte für (lern-)differenziertes Arbeiten an allen Schulen
77 und Schulformen.

78 **Multiprofessionelle Teams**

79 Inklusion kann nur gelingen, wenn sich die Schule den Lernenden anpasst – und nicht umgekehrt. Die
80 Kinder und Jugendlichen kommen in ihrer Vielfalt mit extrem unterschiedlichen Ausgangslagen und
81 Bedürfnissen an die Schulen. Lehrkräfte brauchen die Freiheit, Flexibilität und die Ressourcen, sich auf ihre
82 Schüler*innen einzustellen. Eine wichtige Bedingung dafür ist es, dass Menschen unterschiedlicher

83 Professionen zusammenarbeiten zum Wohl aller Schüler*innen. Neben den Lehrkräften sind dies zum
84 Beispiel Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Therapeut*innen, Gesundheitskräfte, Psycholog*innen.
85 Teamarbeit muss selbstverständlich sein. Dafür müssen Voraussetzungen geschaffen werden: Zeit für
86 Teambesprechungen, Räume für Gespräche, Therapien etc.

- 87 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung auf, die im Koalitionsvertrag vereinbarten
88 400 zusätzlichen Fachkräfte einzustellen.
- 89 • Das Land Brandenburg möge in den Standards der Raumprogrammempfehlungen für Schulbauten
90 neben den für Teilungsunterricht geeigneten Klassenräumen den flexibel nutzbaren Anteil für
91 Arbeits-, Ruhe-, Bewegungs- und Besprechungsräume erhöhen.
- 92 • Das Konzept der Einzelfallhilfe bzw. Schulbegleitung muss überarbeitet werden. Lernbegleiter*innen
93 müssen an den Schulen direkt angebunden sein, dort ins Team eingebunden werden und fachlich
94 entsprechend der Aufgabe spezifisch fortgebildet werden.
- 95 • Lehrkräfte sollen in ihrem Stundendeputat ausgewiesene Zeiten für individuelle Gespräche und
96 Förderung erhalten. Die Zahl der Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeiter*innen wird deutlich
97 ausgeweitet.
- 98 • Es müssen genügend personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, dass alle genehmigten
99 Fördermaßnahmen im vollem Umfang stattfinden können.

100 **Noten ade - Neue Prüfungskultur**

101 Das Lernen an den Schulen muss sich grundlegend wandeln, um diese zu inklusiven Lebens- und Lernorten
102 werden zu lassen. Unsere „Kultur“ der Benotung zwingt die Lehrkräfte, auf Defizite zu schauen und setzt
103 Schüler*innen unter Druck, Stress und Angst. Das widerspricht einer inklusiven pädagogischen Haltung. Der
104 Rahmenlehrplan des Landes bietet mit seiner Kompetenzorientierung und seiner Ausweisung von
105 Niveaustufen bereits einen guten Orientierungsrahmen für die Betrachtung von Lernerfolgen in einem
106 binnendifferenzierten, individualisierten Lernsetting. Darauf aufbauend machen wir uns stark für eine
107 neue, andere Prüfungskultur, weg von Beurteilungen durch Noten und hin zu einer Einschätzung zur
108 Lernentwicklung.

- 109 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Umsetzung des im Schulgesetz verankerten
110 Orientierungsrahmens für die Betrachtung von Lernerfolgen in ein binnendifferenziertes,
111 individualisiertes Lernsetting zu integrieren.
- 112 • Die wissenschaftliche Erforschung anderer Prüfungsformate und einer neuen, konstruktiven Form der
113 Lernbegleitung muss gefördert werden. Dabei sollten Erfahrungen alternativer Schulmodelle in
114 Brandenburg einbezogen werden.
- 115 • Das Land Brandenburg möge bei der Ausgestaltung der Abiturvereinbarungen Prüfungsformate mit
116 Blick auf Zukunftskompetenzen zulassen.

117 **Inklusiver Ganztag**

118 Ganze Tage an den Schulen sollen mehr bieten als Betreuung. Inklusiv kann der Ganztag nur werden, wenn
119 auf Bedürfnisse aller Rücksicht genommen wird. Schüler*innen brauchen - im Einzelfall - auch über das 6.
120 Schuljahr hinaus eine an die Schule angebundene, ganztägige Betreuung. Die Standards für die
121 Ganztagschule wollen wir hoch ansetzen: Kinder und Jugendliche, die ganze Tage an den Schulen
122 verbringen, brauchen Platz, Ruhe, Bildung, Abenteuer, Sport, Spiel, musische Angebote, Rückzug und
123 Ansprechpartner*innen. Wer hier spart, beschneidet junge Menschen in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit.
124 Der Blick auf das Lernen muss erweitert werden: formelles und informelles Lernen müssen den gleichen
125 Stellenwert in der Betrachtung des Ganztages erhalten. Lebenspraktisches, soziales und theoretisches
126 Lernen müssen durch ein gemeinsames Curriculum verzahnt werden. Hier bieten sich große Chancen für

127 eine inklusive Organisation der Schule mit starken Beteiligungsmöglichkeiten für alle
128 Schüler:innen.

- 129 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine inklusionspädagogische Fortschreibung der
130 Qualitätsmerkmale aus dem Projekt „Qualität an Schulen mit Ganztagsangeboten“.
- 131 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Festlegung eines für Brandenburg geltenden „Qualitätsrahmen
132 Ganztag“, der an den bundesweit formulierten Standards ansetzt. Dieser muss für alle Schulformen
133 gelten.
- 134 • Das Land unterstützt die Kommunen und Schulträger bei der inklusionsoptimierten Einbindung der
135 Ganztagschulen in den Sozialraum bzw. als Teil einer kommunalen Bildungslandschaft.
- 136 • Die Betreuung von Schüler*innen, auch mit Förderbedarf muss durch ganztägige Förderung auch in
137 den Ferien gewährleistet sein. Die Zuständigkeiten der Finanzierung von Hort- und Ferienbetreuung
138 müssen klar definiert und festgeschrieben werden.
- 139 • Der Wechsel zwischen Unterrichtszeit und der Betreuung im Ganztag darf keinen Einfluss auf das
140 Erfordernis von Einzelfallhelfer*innen haben. Dazu müssen die Zuständigkeiten neu geklärt werden.

141 **Inklusionspädagogik statt Sonderpädagogik**

142 Die Lehrer*innenbildung darf nicht hinter den Entwicklungen der Lernkultur hinterherhinken.
143 Inklusionspädagogik sollte selbstverständlicher Bestandteil der Ausbildung und Weiterbildung sein – für
144 jede Lehrkraft an der Schule. Doch damit nicht genug: Auch die Mitarbeitenden von Schulaufsicht,
145 Schulämtern etc. sollten inklusionspädagogisch fortgebildet sein.

- 146 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung auf, sich bei der Verwirklichung der im
147 Koalitionsvertrag angekündigten Koordinierungsstelle Lehrer*innenbildung für
148 inklusionspädagogische Ansätze einzusetzen.
- 149 • Das Land setzt die bereitstehenden Mittel ein, um das Fortbildungscurriculum „Gemeinsames Lernen
150 in der Schule“ flächendeckend für alle Lehrer*innen regelmäßig anzubieten. Die Formate der
151 Fortbildungen müssen als Veranstaltungen in den Schulen entwickelt und entsprechende Ressourcen
152 für Lehrer*innen (Unterrichtszeiten) und Schüler*innen (Selbstlernkonzepte) bereitgestellt werden.
- 153 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich an die Hochschulen mit der Forderung,
154 inklusionspädagogische Anteile in allen Lehramtsstudien und Lehrfächern aufzunehmen.

155 **Lernen - voneinander und miteinander**

156 Die Vermittlung von Verständnis und Wertschätzung zu Diversität, insbesondere gegenüber Menschen mit
157 einer Behinderung, unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identität, unterschiedlichen Glaubens
158 oder Herkunft sowie die Aufklärung über deren jeweiliger Belange sollte selbstverständlich ein Bestandteil
159 des Unterrichts, des Schullebens und der pädagogischen Grundhaltung einer jeden Lehrkraft sein.

- 160 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, Schulbücher und -materialien in jeder Hinsicht
161 (haptisch, optisch und inhaltlich) barrierearm zu gestalten. Dies muss auch für digitale Angebote wie
162 beispielsweise die Schulcloud gelten. In Abbildungen und Texten sollten Personen aller
163 Bevölkerungsschichten, unabhängig ihrer Hautfarbe, ihrer Behinderung, des Aussehens oder sexueller
164 und geschlechtlicher Identität abgebildet werden.
- 165 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern mehr Diversität in den Lehrmedien und ihren Formaten, z.B. durch
166 Übersetzung in verschiedene Sprachen (inkl. Braille-Schrift, Gebärdensprache, einfacher und leichter
167 Sprache).

168 **Inklusion als gesamtgesellschaftlicher Prozess**

169 Inklusion ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Hierbei spielen Kitas und Schulen eine Schlüsselrolle.
170 Frühkindliche Bildung, Jugendhilfe, berufliche Bildung usw. – Inklusion ist in jedem gesellschaftlichen
171 Bereich ein Menschenrecht. Deshalb sind die hier geforderten Maßnahmen nur kleine Schritte auf einem
172 langen Weg. Inklusion ist ein Querschnittsthema, das alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betrifft..
173 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- 174 • Die Landesregierung muss sicherstellen, dass die Belange von Menschen mit Behinderungen in allen
175 politischen und gesellschaftlichen Maßnahmen berücksichtigt werden. Dabei sind die Menschen mit
176 Behinderungen zu jeder Zeit einzubeziehen.
- 177 • Die Landesregierung möge die Ergebnisse der Evaluierung des "Behindertenpolitischen
178 Maßnahmenpakets 2.0" nutzen. Sie soll sich bei der geplanten Fortschreibung für die Jahre 2023-2027
179 dafür einzusetzen, mehr Maßnahmen zu Inklusion und Barrierefreiheit zu finanzieren. .
- 180 • Das Land möge Kommunen unterstützen in der Entwicklung inklusiver kommunaler
181 Bildungslandschaften, in denen Schule, Kita, Schulträger, Schulaufsicht, freie Bildungsträger
182 miteinander verzahnt agieren. Einbezogen werden sollen dabei auch die Beratungsstrukturen des
183 Landes und der Kommunen – zur Einschulung, Erziehung, Förderung.

V6 Stärkung der Mobilitätswende durch Beschleunigung von Bahnreaktivierungen

Antragsteller*in: Steffen Blunk (KV MOL)

Tagesordnungspunkt: 10. Fortsetzung Anträge Verschiedenes

Antragstext

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz bittet die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, sich massiv für
2 eine Beschleunigung von Bahnreaktivierungen im Land Brandenburg über i2030 hinaus einzusetzen,
3 indem sie die Landesregierung auffordert,
- 4 1. insgesamt die Reaktivierungsanstrengungen vom zu erwartenden Gesamtnutzen für die jeweilige
5 Region und das Streckennetz insgesamt abhängig zu machen,
 - 6 2. entsprechend die Liste der zeitnah zu untersuchenden Strecken und Haltepunkte über die
7 ursprünglich benannten acht Strecken und 4 Halte zu erweitern (Durchführung von
8 Machbarkeitsstudien), vor allem nach Rück- und in Absprache mit den betroffenen
9 Gebietskörperschaften,
 - 10 3. entsprechend den Ergebnissen der Machbarkeitsstudien und den Erwartungen der betroffenen
11 Gebietskörperschaften umgehend nach der Novellierung der Standardisierten Bewertung
12 Maßnahmen zur Reaktivierung der Strecken zu ergreifen und Bundesfördermittel für
13 Bahnreaktivierungen zu beantragen,
 - 14 4. einen konkreten und verbindlichen Zeitplan für geplante Bahnreaktivierungen aufzustellen und dem
15 Infrastrukturministerium die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Seit der Wiedervereinigung wurden in Brandenburg viele Schienenstrecken stillgelegt, entwidmet und abgebaut, sowie das Verkehrsangebot reduziert. Seit unserer Regierungsbeteiligung arbeiten wir daran, diese Entwicklung umzukehren und Schienenstrecken zu reaktivieren. Die RB35 wurde nach Süden bis Bad Saarow-Pieskow verlängert und Beelitz Stadt wird wieder direkt an Potsdam angebunden. Darüber hinaus verkehrt die RB63 weiterhin im Probetrieb zwischen Joachimsthal und Templin. Zum Fahrplanwechsel Ende 2022 steigt das Angebot im Regionalverkehr um 15%. Im Rahmen von i2030 werden zudem zahlreiche Reaktivierungen und Ausbauten realisiert.

Wir müssen jedoch jetzt die Weichen weit über i2030 hinausstellen. Im Fokus stehen dabei nicht nur die ökologischen Aspekte der Mobilitätswende, sondern auch die Entwicklungschancen von momentan abgehängten Regionen durch eine bessere Vernetzung im Öffentlichen Personennahverkehr.

Im Rahmen der Vorbereitung des Nahverkehrsplans 2023 hat das Infrastrukturministerium zunächst 32 von insgesamt 46 weiteren vorgeschlagenen stillgelegten und zum Teil entwidmeten Bahnstrecken sowie 35 Haltepunkte von der Firma PTV Transport Consult GmbH aus Karlsruhe auf ihre Reaktivierungspotentiale hin überprüfen lassen.

Insgesamt wurden davon zunächst lediglich 4 Strecken in Kategorie A („Vertiefte Untersuchung aufgrund des erwartbaren Potenzials empfohlen“) und 4 Strecken in Kategorie B (Potenzial für eine Bestellung im Taktverkehr nicht eindeutig erkennbar) für eine nähere Untersuchung ausgewählt, für die in zwei Paketen

zu je vier Strecken Machbarkeitsstudien erstellt werden sollen. Zudem sollen im gesamten Land Brandenburg nur vier Haltepunkte näher auf ihre Reaktivierungswürdigkeit hin untersucht werden.

Bereits eine erste Überprüfung der ausgewählten Strecken und Haltepunkte verwundert. Zum einen sollen auch Strecken untersucht werden, deren Reaktivierung selbst von den betroffenen Gebietskörperschaften gar nicht angestrebt werden (Müncheberger Stadtbahn, Hoppegarten-Altlandsberg). Zum anderen führten Proteste aus nicht berücksichtigten Landkreisen dazu, dass das Infrastrukturministerium Berechnungsfehler einräumte und nach Neuberechnung zwei weitere Strecken in die Pakete mit aufnahm, so dass nun 10 Strecken untersucht werden sollen. Beide Punkte lassen vermuten, dass weitere grobe Fehler in der Potentialanalyse versteckt sind.

Insgesamt erscheinen alle vom Infrastrukturministerium bisher unternommenen Schritte nicht ausreichend, eine Mobilitätswende im Land Brandenburg zügig herbeizuführen. Die im Rahmen des Nahverkehrsplans 2023 abzusehenden Maßnahmen erscheinen uns halbherzig. Wir möchten deshalb mit diesem Antrag unserer Landtagsfraktion deutlich den Rücken stärken, um sich innerhalb unserer Regierungsbeteiligung stärker auf das Thema Bahnreaktivierung fokussieren zu können.

Unterstützer*innen

Dominik Chadid (KV Märkisch-Oderland); Christian Göritz-Vorhof (KV Märkisch-Oderland); Neele Zühlke (KV Märkisch-Oderland); Louisa Wiethold (KV Märkisch-Oderland); Juliane Roschitz (KV Märkisch-Oderland); Tatjana Rosenthal (KV Märkisch-Oderland); Susanne Altvater (KV Märkisch-Oderland); Paul Bonte (KV Frankfurt-Oder); Heike Wähler (KV Barnim); Anne Blunk (KV Märkisch-Oderland)

Beschluss

Stärkung der Mobilitätswende durch Beschleunigung von Bahnreaktivierungen

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.03.2022
Tagesordnungspunkt: 10. Fortsetzung Anträge Verschiedenes

Antragstext

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz bittet die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, sich massiv für
2 eine Beschleunigung von Bahnreaktivierungen im Land Brandenburg über i2030 hinaus einzusetzen,
3 indem sie die Landesregierung auffordert,
- 4 1. insgesamt die Reaktivierungsanstrengungen vom zu erwartenden Gesamtnutzen für die jeweilige
5 Region und das Streckennetz insgesamt abhängig zu machen,
 - 6 2. entsprechend die Liste der zeitnah zu untersuchenden Strecken und Haltepunkte über die
7 ursprünglich benannten acht Strecken und 4 Halte zu erweitern (Durchführung von
8 Machbarkeitsstudien), vor allem nach Rück- und in Absprache mit den betroffenen
9 Gebietskörperschaften,
 - 10 3. entsprechend den Ergebnissen der Machbarkeitsstudien und den Erwartungen der betroffenen
11 Gebietskörperschaften umgehend nach der Novellierung der Standardisierten Bewertung
12 Maßnahmen zur Reaktivierung der Strecken zu ergreifen und Bundesfördermittel für
13 Bahnreaktivierungen zu beantragen,
 - 14 4. einen konkreten und verbindlichen Zeitplan für geplante Bahnreaktivierungen aufzustellen und dem
15 Infrastrukturministerium die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Seit der Wiedervereinigung wurden in Brandenburg viele Schienenstrecken stillgelegt, entwidmet und abgebaut, sowie das Verkehrsangebot reduziert. Seit unserer Regierungsbeteiligung arbeiten wir daran, diese Entwicklung umzukehren und Schienenstrecken zu reaktivieren. Die RB35 wurde nach Süden bis Bad Saarow-Pieskow verlängert und Beelitz Stadt wird wieder direkt an Potsdam angebunden. Darüber hinaus verkehrt die RB63 weiterhin im Probetrieb zwischen Joachimsthal und Templin. Zum Fahrplanwechsel Ende 2022 steigt das Angebot im Regionalverkehr um 15%. Im Rahmen von i2030 werden zudem zahlreiche Reaktivierungen und Ausbauten realisiert.

Wir müssen jedoch jetzt die Weichen weit über i2030 hinausstellen. Im Fokus stehen dabei nicht nur die ökologischen Aspekte der Mobilitätswende, sondern auch die Entwicklungschancen von momentan abgehängten Regionen durch eine bessere Vernetzung im Öffentlichen Personennahverkehr.

Im Rahmen der Vorbereitung des Nahverkehrsplans 2023 hat das Infrastrukturministerium zunächst 32 von insgesamt 46 weiteren vorgeschlagenen stillgelegten und zum Teil entwidmeten Bahnstrecken sowie 35 Haltepunkte von der Firma PTV Transport Consult GmbH aus Karlsruhe auf ihre Reaktivierungspotentiale hin überprüfen lassen.

Insgesamt wurden davon zunächst lediglich 4 Strecken in Kategorie A („Vertiefte Untersuchung aufgrund des erwartbaren Potenzials empfohlen“) und 4 Strecken in Kategorie B (Potenzial für eine Bestellung im

Taktverkehr nicht eindeutig erkennbar) für eine nähere Untersuchung ausgewählt, für die in zwei Paketen zu je vier Strecken Machbarkeitsstudien erstellt werden sollen. Zudem sollen im gesamten Land Brandenburg nur vier Haltepunkte näher auf ihre Reaktivierungswürdigkeit hin untersucht werden.

Bereits eine erste Überprüfung der ausgewählten Strecken und Haltepunkte verwundert. Zum einen sollen auch Strecken untersucht werden, deren Reaktivierung selbst von den betroffenen Gebietskörperschaften gar nicht angestrebt werden (Müncheberger Stadtbahn, Hoppegarten-Altlandsberg). Zum anderen führten Proteste aus nicht berücksichtigten Landkreisen dazu, dass das Infrastrukturministerium Berechnungsfehler einräumte und nach Neuberechnung zwei weitere Strecken in die Pakete mit aufnahm, so dass nun 10 Strecken untersucht werden sollen. Beide Punkte lassen vermuten, dass weitere grobe Fehler in der Potentialanalyse versteckt sind.

Insgesamt erscheinen alle vom Infrastrukturministerium bisher unternommenen Schritte nicht ausreichend, eine Mobilitätswende im Land Brandenburg zügig herbeizuführen. Die im Rahmen des Nahverkehrsplans 2023 abzusehenden Maßnahmen erscheinen uns halbherzig. Wir möchten deshalb mit diesem Antrag unserer Landtagsfraktion deutlich den Rücken stärken, um sich innerhalb unserer Regierungsbeteiligung stärker auf das Thema Bahnreaktivierung fokussieren zu können.

V7 "Tag der Befreiung" als Mahnung – Der 8. Mai muss Feiertag werden!

Gremium: GRÜNE JUGEND Brandenburg
Beschlussdatum: 26.02.2022
Tagesordnungspunkt: 10. Fortsetzung Anträge Verschiedenes

Antragstext

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg setzt sich für die Einführung des 8. Mai als jährlichen Feiertag
- 2 zum "Tag der Befreiung" und eine entsprechende Änderung des Landesfeiertagsgesetzes ein. Dieser
- 3 Feiertag soll der Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes sowie der Mahnung zum stetigen
- 4 antifaschistischen Handeln dienen, das nötig ist, um unsere Demokratie zu schützen. Außerdem unterstützt
- 5 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg die Forderung nach der Einführung eines bundeseinheitlichen,
- 6 jährlichen Feiertages zum 8. Mai.

Begründung

Am 8. Mai 1945 befreiten die Alliierten Deutschland, Europa und die Welt von der Herrschaft des Nationalsozialismus. Um nicht zu vergessen, dass wir täglich antifaschistisch handeln müssen, um unsere Demokratie zu schützen, muss in Brandenburg ein offizieller, antifaschistischer Feiertag eingeführt werden.

Der 8. Mai ist in Brandenburg bereits seit 2015 offizieller Gedenktag. Dies reicht jedoch nicht aus. Wir unterstützen die Forderung nach einem bundesweiten Feiertag zum 8. Mai, die unter anderem die kürzlich verstorbene Holocaustüberlebende Esther Berenjano stets vorgebracht hat (1). Der Kampf gegen Antisemitismus wird voraussichtlich bald als Staatsziel in die Brandenburger Verfassung aufgenommen (2). Jedoch ist für das Gedenken und die mahnende Erinnerung auch ein Tag vom Range eines Feiertags, wie von Überlebenden gefordert, nur angemessen.

Vergessen wir? Wie erinnern wir, wenn die Menschen, welche das Schrecken erlebt haben, nicht mehr sind?

Antisemitische und rassistische Haltungen finden heute in Deutschland wieder breite Zustimmung. Der Geschichtsschreibung wird von vielen unterstellt, die Verbrechen der Nazis übertrieben darzustellen. Und die extreme Rechte tötet noch immer: Seit 1990 hat rechte Gewalt in Deutschland über 200 Todesopfer gefordert, darunter fast 30 in Brandenburg (3). Oft wird die Geschichte umgedeutet oder umgeschrieben und damit Antisemitismus betrieben. Wir müssen dafür sorgen, dass der 8. Mai uns – die nachfolgenden Generationen – immer daran erinnert, dass unsere Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist.

Quellen:

- (1) <https://www.auschwitz-komitee.de/5249/esther-bejarano-wir-sind-da-meine-befreiung-im-mai-1945-und-meine-hoffnungen/>
- (2) <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2021/06/brandenburg-landtag-antisemitismus-verfassungsaenderung.html>
- (3) https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/?_region=brandenburg